

Münchener Kommentar zum StaRUG

4. Auflage 2023
ISBN 978-3-406-76825-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Münchener Kommentar StaRUG

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dres. h.c. Rolf Stürner

em. o. Professor an der Universität Freiburg i. Br.
Richter am Oberlandesgericht a.D.

Prof. Dr. Horst Eidenmüller, LL.M. (Cambr.)

o. Professor an der University of Oxford

Prof. Dr. Heinrich Schoppmeyer

Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe
Honorarprofessor an der Universität Heidelberg

Prof. Dr. Stephan Madaus

Professor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

§§ 1–102 StaRUG

Anhänge


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Münchener Kommentar StaRUG

§§ 1–102 StaRUG

Anhänge

1. Auflage 2023


DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H.BECK



www.beck.de

ISBN 978 3 406 76825 5

© 2023 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Bearbeiter

Dr. Alexander Bruns, LL.M. (Duke Univ.)

o. Professor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Dr. Gunter Deppenkemper, LL.M. (beide Universität Osnabrück)

Richter am Amtsgericht Mannheim (weiterer aufsichtsführender Richter), Privatdozent der Universität Osnabrück

Dr. Alexander Fridgen

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht sowie Bank- und Kapitalmarktrecht in München

Daniel F. Fritz

Rechtsanwalt in Frankfurt am Main

Dr. Christian Herweg, LL.M. (Cambridge)

Rechtsanwalt in München

Dr. Carsten Jungmann, LL.M. (Yale), M.Sc. in Finance (Leicester)

Rechtsanwalt, Honorarprofessor an der Bucerius Law School in Hamburg

Dr. Christoph A. Kern, LL.M. (Harvard)

o. Professor an der Universität Heidelberg

Dr. Lars Klöhn, LL.M. (Harvard)

o. Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Stephan Madaus

o. Professor an der Martin-Luther-Universität in Halle

Dr. Josef Parzinger

Rechtsanwalt in München

Dr. Wolfram Prusko

Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.

Dr. Jessica Schmidt, LL.M. (Nottingham)

Professor an der Universität Bayreuth

Dr. Volker Schultz

Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe

Dr. Dominik Skauradszun, LL.M.

Professor an der Hochschule Fulda; Richter am Oberlandesgericht Frankfurt am Main

Dr. Christoph Thole

Professor an der Universität zu Köln

Dr. Mihai Vuia

Vorsitzender Richter am Landgericht Aachen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Im Einzelnen haben bearbeitet

§§ 1, 43	Dr. Jessica Schmidt
§§ 2–4	Dr. Wolfram Prusko
§§ 5–16	Dr. Josef Parzinger/Leonhard Knebel
§§ 17–25	Dr. Gunter Deppenkemper
§§ 26–28	Dr. Christian Herweg
§§ 29–30, 49–56	Dr. Dominik Skauradszun
§§ 31–33, 42, 44, 57–59, 73–79, Anhang III.	Daniel F. Fritz
§§ 34–37, 40–41, 45–48, 80–83, Anhang II.	Dr. Mihai Vuia
§§ 38–39, Anhang I. §§ 1–10 InsO	Dr. Alexander Bruns
§§ 60–66	Dr. Carsten Jungmann
§§ 67–72, 84–88, 92–93.	Dr. Stephan Madaus
§§ 89–91	Dr. Volker Schultz
§§ 94–100	Dr. Alexander Fridgen
§§ 101–102, Anhang I. §§ 15a, 15b, 276a InsO ..	Dr. Lars Klöhn
Anhang I. §§ 270 ff. InsO	Dr. Christoph A. Kern


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Mit dem Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts (SanInsFoG) hat der deutsche Gesetzgeber nicht nur die Restrukturierungsinstrumente des Insolvenzverfahrens gestärkt. Er hat sich auch dazu entschlossen, die Richtlinie (EU) 2019/1023 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über präventive Restrukturierungsrahmen, über Entschuldung und über Tätigkeitsverbote sowie über Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 (Restrukturierungsrichtlinie) durch die Schaffung eines neuen Rechtsrahmens umsetzen. Die Bedeutung dieser Entschließung ist groß. Sie beinhaltet eine Abkehr vom Willen des Gesetzgebers der Insolvenzordnung der 1990iger Jahre, der nach dem Vorbild des US-Insolvenzrechts die Sanierung und Liquidation von insolventen wie nur drohend zahlungsunfigen Unternehmen in einem Einheitsverfahren erfasst sehen wollte. Die Dualit von Konkurs- und Vergleichsrecht sollte überwunden werden. Nun kehrt diese Dualit in modernisierter Form in das deutsche Insolvenz- und Restrukturierungsrecht zurück. Mit dem Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG) erhält auch das deutsche Recht wieder Regelungen, die es Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten erlauben, mit selektiven gerichtlichen Hilfen Restrukturierungslsungen zu verhandeln, zu beschließen und umzusetzen.

Mit dem StaRUG setzt Deutschland die Vorgaben der Restrukturierungsrichtlinie für die Einrichtung eines präventiven Restrukturierungsrahmens um. Das Gesetz muss sich aufgrund seines Richtlinienhintergrundes mit den Umsetzungsideen anderer Mitgliedstaaten messen, die im Detail sehr unterschiedlich ausfallen können. Die Rechtsvergleichung und der Wettbewerb der Rechtsordnungen im europäischen Binnenmarkt sowie mit etablierten Restrukturierungsrechtsordnungen (England, USA, Singapur) werden daher auch für die Handhabung der deutschen Regelungen Bedeutung erlangen. Vor allem aber wird der EuGH für die verbindliche richtlinienkonforme Auslegung des StaRUG zur Verfügung stehen.

Die Eigenständigkeit der gesetzlichen Regelungen wie auch deren europäischer Hintergrund rechtfertigen es, für das StaRUG einen eigenen Band in der Reihe der Münchener Kommentare herauszugeben. Der Kreis der Mitherausgeber des „Münchener Kommentars zur Insolvenzordnung“ wurde für den „Münchener Kommentar zum StaRUG“ um Prof. Dr. Stephan Madaus erweitert. Für den Autorenkreis konnten in der Tradition der Münchener Kommentare führende Vertreter aus Wissenschaft, Rechtsprechung und Praxis gewonnen werden, die in den rechtlichen wie betriebswirtschaftlichen Fragestellungen des Restrukturierungsrechts ausgewiesen sind und nicht selten bereits das europäische Rechtssetzungsverfahren fachlich begleitet haben.

Die Besonderheit dieser Erstauflage besteht auch darin, dass sie neben der Kommentierung des StaRUG auch eine Kommentierung derjenigen gesetzlichen Regelungen enthält, die in der Insolvenzordnung, der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung (InsVV) und im Gesetz zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und zur Begrenzung der Organhaftung bei einer durch die COVID-19-Pandemie bedingten Insolvenz (CovInsAG) durch das SanInsFoG in wesentlichem Umfang geändert oder neu gefasst worden sind. So wird insbesondere die Neuregelung der Eigenverwaltungsvorschriften (§§ 270 ff. InsO) eingehend von Prof. Dr. Christoph Alexander Kern kommentiert; Dr. Mihai Vuia widmet sich den Neuregelungen der InsVV, und Prof. Dr. Lars Klhn der Neuregelung des § 15b InsO.

Die einzelnen Kommentierungen folgen einem grundsätzlich einheitlichen Grundmuster. Die Erläuterungen einer Vorschrift beginnen mit einer Darstellung des Normzwecks

und der Entstehungsgeschichte bzw. des Richtlinienhintergrundes. Weitere detaillierte Erläuterungen des Gesetzestextes schließen sich an.

Die Kommentierungen basieren auf einer möglichst umfassenden Auswertung aller relevanten Erkenntnisquellen. Dabei wurde angesichts des gänzlich neuen Regelungskomplexes bewusst darauf gewartet, dass den Autorinnen und Autoren ein erster Fundus an Entscheidungen und Literatur zu den Vorschriften des StaRUG zur Verfügung steht. Der Kommentar kann so nicht nur Meinungsverschiedenheiten in der Handhabung der gesetzlichen Regeln aufzeigen, sondern durch deren fundierte Analyse auch Lösungen entwickeln, die den Umgang mit dem neuen Recht prägen können. Der Kommentar wird so, ganz in der Tradition Münchener Kommentare, als zuverlässiger Führer durch Rechtsprechung und Literatur sowie als guter Ratgeber in praktischen und theoretischen Zweifelsfragen dienen können.

Die Kommentierung berücksichtigt Gesetzesänderungen, Rechtsprechung und Literatur bis August 2022. Vielfach konnten auch noch spätere Veröffentlichungen aufgenommen werden.

Im Oktober 2022

Herausgeber und Verlag



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Im Einzelnen haben bearbeitet	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	LIII

Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz – StaRUG)

Teil 1. Krisenfrüherkennung und Krisenmanagement

§ 1 Krisenfrüherkennung und Krisenmanagement bei haftungsbeschränkten Unternehmensträgern	3
I. Überblick	4
II. Genese und Ratio der Vorschriften zu Geschäftsleiterpflichten und Haftung in § 1 und § 43 StaRUG	4
1. Unionsrechtliche Hintergründe und Genese	4
2. Ratio und Funktion des § 1 StaRUG	6
3. Ratio und Funktion des § 43 StaRUG	7
4. Das neue System der Geschäftsleiterpflichten im deutschen Recht	7
5. Richtlinienkonformität	9
III. Krisenfrüherkennungs- und -managementpflichten bei juristischen Personen (Abs. 1, 3)	11
1. Überwachungspflicht (Abs. 1 S. 1)	11
2. Reaktionspflicht (Abs. 1 S. 2 Hs. 1, S. 3)	14
3. Berichtspflicht (Abs. 1 S. 2 Hs. 2)	15
4. Pflichten aus anderen Gesetzen (Abs. 3)	16
5. Rechtsfolgen und Haftung bei Verletzung der Pflichten aus § 1 Abs. 1 StaRUG	18
IV. Erstreckung auf kapitalistische Personengesellschaften (Abs. 2)	19
1. Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit bzw. rechtsfähige Personengesellschaften iSv § 15a Abs. 1 S. 3, Abs. 2 InsO	20
2. Erstreckung der Pflichten aus § 1 Abs. 1 StaRUG	20

Teil 2. Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen

Kapitel 1. Restrukturierungsplan

Abschnitt 1. Gestaltung von Rechtsverhältnissen

§ 2 Gestaltbare Rechtsverhältnisse	21
A. Überblick	24
I. Abschnitt 1 zur „Gestaltung von Rechtsverhältnissen“	24
II. Regelungsüberblick	24
III. Gesetzgeberischer Hintergrund	24
1. Gesetzgebung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1023 (RL (EU) 2019/1023)	24
2. Inhaltliche Umsetzung der RL (EU) 2019/1023	25
B. Normzweck	27
C. Systematik	28
I. Grundlage für die Plandisposition	28
II. Keine Aussage über den Rang	28
D. Einzelerläuterungen	29
I. Mögliche Gestaltung auf Grundlage eines Restrukturierungsplans (Abs. 1)	29
II. Restrukturierungsforderungen und Absonderungsanwartschaften (Abs. 1)	29
1. Restrukturierungsforderungen (Abs. 1 Nr. 1)	29
2. Absonderungsanwartschaften (Abs. 1 Nr. 2)	31
3. Gestaltung	35
III. Bestimmungen in mehrseitigen Rechtsverhältnissen (Abs. 2)	35
1. Struktur der Norm	35
2. Mehrseitige Finanzierungsverträge	36
3. Finanzierungsemissionen	37
4. Intercreditor Vereinbarungen	39

Inhaltsverzeichnis

5. Anforderungen und Reichweite der Gestaltung	39
IV. Anteils- und Mitgliedschaftsrechte (Abs. 3)	40
1. Einbeziehung von Anteilshabern nach insolvenzrechtlichem Vorbild	41
2. Europarechtliche Klarheit	41
3. Dispositivität und Gestaltung	42
V. Gruppeninterne Drittsicherheiten (Abs. 4)	43
1. Erfasste Rechte	43
2. Verbundene Unternehmen § 15 AktG	45
3. Kompensation nach S. 1 Hs. 2	45
4. Entschädigung bei Beschränkung der persönlichen Haftung (S. 2)	46
VI. Maßgeblicher Zeitpunkt (Abs. 5)	47
1. Zweck	47
2. Systematik	47
3. Kritik an § 2 Abs. 5	48
4. Im Einzelnen	48
5. Einwand der Anfechtung?	49
VII. Internationale Anknüpfung	51
1. Spezialfall: Öffentliche Restrukturierungssache unter der EUInsVO	51
2. Reichweite im Rahmen der lex fori	52
VIII. Eingriffstatbestand aus verfassungsrechtlicher Sicht	52
IX. Einzelfragen	54
1. Anteilsoptionen	54
2. Anteilspfandrechte	54
3. Forderungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	55
4. Steuerforderungen	57
5. Besserungsabrede	58
§ 3 Bedingte und nicht fällige Restrukturierungsforderungen; Forderungen aus gegenseitigen Verträgen	59
A. Überblick	59
I. Regelungsgehalt und Systematik	59
II. Gesetzgeberischer Hintergrund	60
B. Normzweck	60
I. Zweck des § 3 Abs. 1	60
II. Zweck des § 3 Abs. 2	61
C. Einzelerläuterungen	61
I. Bedingte und noch nicht fällige Restrukturierungsforderungen (Abs. 1)	61
1. Bedingte Restrukturierungsforderungen (Abs. 1 Alt. 1)	62
2. Noch nicht fällige Restrukturierungsforderungen (Abs. 1 Alt. 2)	63
II. Restrukturierungsforderungen aus gegenseitigen Verträgen (Abs. 2)	63
§ 4 Ausgenommene Rechtsverhältnisse	64
A. Überblick	65
I. Regelungsgehalt	65
II. Gesetzgeberischer Hintergrund	65
B. Systematik und Normzweck	66
C. Einzelerläuterungen	67
I. Forderungen von Arbeitnehmern (S. 1 Nr. 1)	67
II. Forderungen aus vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlungen (S. 1 Nr. 2)	68
III. Forderungen nach § 39 Abs. 1 Nr. 3 InsO (S. 1 Nr. 3)	69
IV. Kein unternehmerischer Bezug bei natürlichen Personen (S. 2)	70

Abschnitt 2. Anforderungen an den Restrukturierungsplan

§ 5 Gliederung des Restrukturierungsplans	70
A. Einführung	71
I. Überblick	71
II. Normzweck	72
III. Gesetzgeberischer Hintergrund – Umsetzung der RestruktRL	72
IV. Systematik	73
V. Unterschiede zwischen Restrukturierungsplan und Insolvenzplan	73
1. Planziel und Verfahrenseinstieg	73
2. Geltendmachung von Forderungen gegen und durch den Schuldner	74
3. Verfahrensdauer	74
4. Aufbau und Gestaltungsmöglichkeiten	75
5. Governance und Planvorlagerecht	75
B. Rechtsnatur des Plans	76
C. Planverfahren	77
I. Errichtungshoheit – Planinitiativrecht	77

II.	Vorlagehoheit – Planvorlagerecht	78
III.	Einfluss der Gläubiger auf die Einleitung und Vorlage eines Plans	79
IV.	Adressat der Planvorlage	80
V.	Form des Plans	80
D.	Einzel erläuterungen	81
I.	Struktur des Restrukturierungsplans	81
II.	Angaben nach S. 2 iVm der Anlage	82
III.	Nach §§ 14 und 15 erforderliche Anlagen	83
E.	Fehlerfolgen	84
I.	Keine Bestätigung des Plans	84
II.	Nichtigkeit des Plans	85
§ 6	Darstellender Teil	86
A.	Einführung	88
I.	Überblick	88
II.	Normzweck	88
III.	Systematik	89
1.	§ 6 StaRUG im Gefüge der §§ 5 ff. StaRUG	89
2.	Aufbau des § 6 StaRUG	89
IV.	Gesetzgeberischer Hintergrund	90
V.	§ 220 InsO	91
B.	Grundlagen und Auswirkungen des Plans (Abs. 1)	91
I.	Allgemeine Grundsätze	91
1.	Grundlagen der Darstellung	91
2.	Orientierungshilfen	93
II.	Grundlagen des Restrukturierungsplans	93
1.	Übersicht	93
2.	Kenninformationen des Unternehmens	94
3.	Wirtschaftliche Situation und Begleitumstände	94
4.	Planbetroffene	96
5.	Gruppeneinteilung	96
III.	Maßnahmen	97
1.	Innerhalb des Plans	97
2.	Außerhalb des Plans (Abs. 1 S. 3)	98
IV.	Auswirkungen	98
1.	Kosten und Risiken	99
2.	Wirtschaftliche Auswirkungen	99
3.	Arbeitnehmer	99
C.	Vergleichsrechnung (Abs. 2)	100
I.	Allgemeines	100
1.	Befriedigungsaussichten der Planbetroffenen	100
2.	Detaillierungsgrad/Prognosecharakter	103
3.	Begründungserfordernis	104
II.	Alternativszenario	104
1.	Auswahl der darzustellenden Alternativszenarien	105
2.	Mögliche Alternativszenarien im Einzelnen	111
III.	Planszenario	121
D.	Darstellung bei gruppeninternen Drittsicherheiten (Abs. 3)	121
I.	Normzweck	121
II.	Voraussetzung	121
III.	Rechtsfolge	122
1.	Allgemeine Darstellungspflicht	122
2.	Personalsicherheiten	122
3.	Realsicherheiten	123
4.	Angemessene Entschädigung	123
5.	Grenzen der Pflicht zur Darstellung der Verhältnisse	124
E.	Gerichtliche Prüfung und Fehlerfolgen	124
I.	Anlässe gerichtlicher Prüfung	124
II.	Durchführung der Prüfung	124
1.	Prüfungsmaßstab	124
2.	Umfang der Amtsermittlungspflicht	125
3.	Prüfung durch sachverständige Dritte	126
4.	Situation des dissentierenden Planbetroffenen	126
III.	Rechtsfolgen von Fehlern	127
§ 7	Gestaltender Teil	128
A.	Allgemeines	129
I.	Überblick	129

Inhaltsverzeichnis

II.	Normzweck	129
III.	Vergleich zur InsO	130
IV.	Bezug zu anderen Normen im StaRUG	130
V.	Anforderungen der RestruktRL	132
B.	Der gestaltende Teil des Plans als Verpflichtungsgeschäft	132
C.	Einzelerläuterungen	132
I.	Allgemeines	132
1.	Allgemeine Vorgaben an den gestaltenden Teil	132
2.	Planbetroffene (Abs. 1)	133
3.	Rechtsfolgen der Gestaltung	135
II.	Gestaltung von Restrukturierungsforderungen (§ 7 Abs. 2 S. 1 Alt. 1 StaRUG)	135
1.	Vergleich zu InsO	135
2.	Verhältnis zu § 11 S. 1 StaRUG	135
3.	Eingriffe in Restrukturierungsforderungen	136
4.	Spezifische Rechtsfolgen der Gestaltung von Restrukturierungsforderungen	143
5.	Keine Gestaltung von Restrukturierungsforderungen gegen andere (Gruppen-)Gesellschaften durch Schuldbeitritt	143
III.	Gestaltung von Absonderungsanswartschaften	144
1.	Vergleich zu InsO	144
2.	Definition der Absonderungsanswartschaften	144
3.	Eingriffe in Absonderungsanswartschaften	144
IV.	Gestaltung gruppeninterner Drittsicherheiten	147
V.	Gestaltung vertraglicher Nebenbestimmungen oder Vereinbarungen nach § 2 Abs. 2 StaRUG	148
VI.	Gestaltungen im Zusammenhang mit Anteils- und Mitgliedschaftsrechten	148
1.	Debt-Equity-Swap (§ 7 Abs. 4 S. 1–3)	148
2.	Übertragung von Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte (§ 7 Abs. 4 S. 4)	150
3.	Sonstige gesellschaftsrechtliche Regelungen (§ 7 Abs. 4 S. 5)	150
4.	Rechtsfolgen	151
5.	Handelsregister	151
VII.	Sonstiger Inhalt des gestaltenden Teils	151
VIII.	Fehlerfolgen	152
§ 8	Auswahl der Planbetroffenen	153
A.	Allgemeines	154
I.	Normzweck	154
II.	Unionsrechtlicher Hintergrund	155
III.	Unterschiede zum Insolvenzrecht	156
IV.	Taktik	157
B.	Einzelerläuterung	157
I.	Kriterium der Sachgerechtigkeit (S. 1)	157
1.	Prüfungsmaßstab	157
2.	Sachgerechte Auswahl der Planbetroffenen	158
3.	Verfassungsrechtliche Anknüpfung der Sachgerechtigkeit	163
4.	Besondere Anforderungen gem. § 44 InsO analog	164
5.	Beispiele für Sachgerechtigkeit	164
6.	Angabe und Erläuterung der Kriterien im Plan (S. 1 Hs. 2)	166
II.	Die Fallgruppen des § 8 S. 2 StaRUG	166
1.	Voraussichtlich vollständige Erfüllung im Insolvenzverfahren (S. 2 Nr. 1)	166
2.	Den Umständen und der Art der finanziellen Schwierigkeiten angemessene Differenzierung (S. 2 Nr. 2)	174
3.	Gesamtrestrukturierung (S. 2 Nr. 3)	180
III.	Gerichtliche Kontrolle und Fehlerfolgen	181
1.	Aufhebung der Restrukturierungssache	181
2.	Vorprüfung	182
3.	Anordnung der Mängelbeseitigung	182
4.	Versagung der Planbestätigung	182
5.	Rechtsbehelfe	182
6.	Unbeachtlichkeit von Fehlern	182
§ 9	Einteilung der Planbetroffenen in Gruppen	183
I.	Allgemein zu § 9 StaRUG	184
1.	Einführung und Normzweck	184
2.	Vorgaben der RestruktRL	186
3.	Interessen des Planerstellers	187
4.	Zusammenspiel mit der Absolute Priority Rule (§ 27 Abs. 1 StaRUG)	188
5.	Nachträgliche Änderung der Gruppeneinteilung	189
II.	Pflichtgruppen nach unterschiedlicher Rechtsstellung (Abs. 1)	189

1. Grundsätze zur Bestimmung der Rechtstellung	189
2. Unterschiede zum Insolvenzplan mit Blick auf die Pflichtgruppen	190
3. Maßgeblicher Zeitpunkt zur Bestimmung der Rechtsstellung	191
4. Inhaber von Absonderungsanwartschaften (Nr. 1)	191
5. Einfache Restrukturierungsgläubiger (Nr. 2)	195
6. Nachrangige Restrukturierungsgläubiger (Nr. 3)	195
7. Inhaber von Anteils- oder Mitgliedschaftsrechten (Nr. 4)	196
8. Gruppeninterne Sicherheiten	197
9. Identische Besetzung von Gruppen	199
III. Fakultative Untergruppen nach wirtschaftlichen Interessen (Abs. 2)	200
1. Allgemein	200
2. Wirtschaftliches Interesse	200
3. Sachgerechtigkeit	204
4. Gruppenbildungspflicht	205
5. Einzelfälle	206
6. Internationaler Vergleich	209
IV. Obligatorische Gruppenbildung für Kleingläubiger	209
1. Regelungszweck	209
2. Begriff des Kleingläubigers	209
V. Gerichtliche Kontrolle und Fehlerfolgen	209
1. Aufhebung der Restrukturierungssache	209
2. Vorprüfung auf Antrag	210
3. Gerichtliche Bestätigungsentscheidung	210
4. Außergerichtliche Restrukturierungspläne	210
5. Unbeachtlichkeit fehlerhafter Gruppenbildung	210
§ 10 Gleichbehandlung von Planbetroffenen	210
A. Allgemein zu § 10 StaRUG	211
I. Überblick	211
II. Regelungszweck	211
III. Unionsrechtlicher Hintergrund	212
IV. Vergleich zu § 226 InsO	212
B. Gleichbehandlungsgrundsatz (Abs. 1)	213
I. Gleiche Rechte	213
1. Wirtschaftliche Gleichwertigkeit nicht ausreichend	213
2. Gleiche Rechte und unterschiedliche Rechtsverhältnisse	214
3. Teilnahme an neuer Finanzierung	215
4. Kompensationsklauseln	215
II. Bezugspunkt der Gleichbehandlung	216
III. Auswahlmöglichkeiten der Planbetroffenen	216
IV. Fehlerfolgen	217
C. Zulässigkeit unterschiedlicher Behandlung (Abs. 2)	217
D. Nichtigkeit von Vorteilsversprechen (Abs. 3)	218
I. Abkommen	218
II. Vorteil	219
1. Allgemein	219
2. Forderungskauf	219
3. Anreize für die Zustimmung zum Plan	220
III. Einzelne Planbetroffene als Vertragspartei	220
IV. Für Abstimmungsverhalten oder sonst im Zusammenhang mit dem Restrukturierungsverfahren	221
V. Keine Offenlegung der Vorteilsgewährung im Plan	221
VI. Rechtsfolge	221
1. Rechtsfolge für das Abkommen	221
2. Rechtsfolge für den Plan	221
E. Gleichbehandlung der Anleihegläubiger	222
§ 11 Haftung des Schuldners	222
A. Überblick	223
B. Befreiung des Schuldners (§ 11 S. 1 StaRUG)	223
I. Allgemeines	223
1. Vergleich mit § 227 Abs. 1 InsO	223
2. Normzweck	224
3. Anwendungsbereich	224
4. Rechtspolitische Würdigung	226
5. Unionsrechtlicher Hintergrund	226
II. Einzelerläuterungen	226
1. Voraussetzungen der Haftungsbefreiung	226

Inhaltsverzeichnis

2. Rechtsfolge: Befreiung von restlichen Verbindlichkeiten gegenüber diesen Gläubigern	230
3. Alternative zur Restschuldbefreiung	233
III. Aufrechnung gegen befreite Forderung	233
IV. Erneutes Aufleben der Verbindlichkeiten gem. § 69 Abs. 1 StaRUG	233
C. Befreiung des persönlich haftenden Gesellschafters (§ 11 S. 2 StaRUG)	234
1. Allgemeines	234
2. Einzelerläuterungen	236
§ 12 Neue Finanzierung	238
A. Einführung zu § 12 StaRUG	240
I. Überblick/Normzweck	240
II. Unionsrechtlicher Hintergrund	241
1. Anforderungen der RestruktRL	241
2. Durch die RestruktRL angeregte Privilegierungen	242
III. Vergleich: Der Kreditrahmen im Insolvenzplan (§§ 264, 265 InsO)	243
B. Einzelerläuterung des § 12 StaRUG	243
I. Materielle Voraussetzungen des § 12 S. 1 StaRUG	243
1. Regelungen zur Zusage von Darlehen oder sonstigen Krediten	243
2. Erforderlichkeit zur Finanzierung der Restrukturierung	247
3. Die Kreditgeber der neuen Finanzierung	250
II. Besicherung als neue Finanzierung (S. 2)	250
III. Formelle Anforderungen an die Integration in den Plan (Dokumentation)	251
1. Regelungen zur Zusage von Darlehen oder sonstigen Krediten	251
2. Keine Pflicht zur Beifügung der Verpflichtungserklärung gem. § 15 Abs. 3 StaRUG	252
3. Erläuterung der Erforderlichkeit, Anlage zu § 5 S. 2 StaRUG, Nr. 8	252
IV. Rechtsfolgen des § 12 StaRUG	252
1. Recht des Schuldners zur Aufnahme der Regelungen zur neuen Finanzierung in den Plan	252
2. Keine Pflicht zur Aufnahme der Regelungen zur Exit-Finanzierung in den Plan	252
3. Planbestätigungsentscheidung nach § 63 Abs. 3 StaRUG	253
4. Anfechtungsschutz gem. § 90 StaRUG	255
C. Schutz neuer Finanzierungen gem. § 89 Abs. 1 StaRUG	255
I. Überblick zu § 89 StaRUG	256
1. Überblick § 89 Abs. 1 StaRUG	256
2. Überblick § 89 Abs. 2 StaRUG	256
II. Schutz vor Haftungsrisiken des Kreditgebers	257
1. Haftungsrisiken durch die Kreditgewährung	257
2. Schutz durch § 89 Abs. 1 Alt. 1 StaRUG	257
III. Schutz vor Anfechtungsrisiken	257
1. Schutz durch § 89 Abs. 1 StaRUG	257
2. Schutz durch § 89 Abs. 2 StaRUG	258
D. Schutz neuer Finanzierungen durch die Planbestätigung	258
E. Gewährung von Privilegien im Plan	259
I. Vertraglicher Vorrang und attraktive Besicherung	259
II. Änderungen von Restriktionen unter den bestehenden Verträgen	260
1. Bestehende Finanzierungsdocumentation	260
2. Intercreditor Vereinbarung	261
3. Gesellschaftsrechtliche Einschränkungen	261
F. Zwischenfinanzierungen	262
I. Definition und unionsrechtlicher Hintergrund	262
II. Praktische Bedeutung von Zwischenfinanzierungen	262
III. Gestaltung der Zwischenfinanzierung im Plan	263
IV. Schutz vor Haftung und Anfechtung	263
1. Privilegierung durch § 89 StaRUG	263
2. Sonstige Schutzmöglichkeiten für Zwischenfinanzierungen	264
V. Verknüpfung mit neuer Finanzierung	264
G. Erforderlichkeit eines IDW-S6-Gutachtens	264
H. Gerichtliche Überprüfung	265
§ 13 Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse	265
A. Allgemeines	266
I. Überblick	266
II. Normzweck	266
III. Gesetzgeberischer Hintergrund	267
B. Anwendungsbereich	267
I. Sachlicher Anwendungsbereich: Verfügungsgeschäfte im Rahmen des Restrukturierungsplans (S. 1)	267

1. Gegenstandsbegriff	267
2. Zuordnung der Gegenstände	268
II. Persönlicher Anwendungsbereich	268
1. Rechte des Schuldners und der Planbetroffenen	268
2. Rechte Dritter und nicht gestaltbare Rechte Planbetroffener	268
C. Einzelerläuterung	271
I. Ermessensentscheidung des Planerstellers	271
II. Form der Erklärung	271
III. Anforderungen an den Inhalt der Erklärungen	271
1. Einführung	271
2. Erforderliche Willenserklärungen	272
3. Sachenrechtlicher Bestimmtheitsgrundsatz	274
4. Bedingungen	275
IV. Wirkungen der Aufnahme nach § 13 StaRUG	276
V. Vollzugsfragen	276
1. Sachenrechtliche Vollzugsakte	276
2. Verfahrensrechtliche Erklärungen	276
§ 14 Erklärung zur Bestandsfähigkeit; Vermögensübersicht; Ergebnis- und Finanzplan	277
I. Allgemeines	277
II. Erklärung nach § 14 Abs. 1 StaRUG	278
1. Aussichten für die Erreichung der Planziele	278
2. Aufbau und Begründung der Erklärung	279
3. Beseitigung der drohenden Zahlungsunfähigkeit durch den Plan	279
4. Bestandsfähigkeit des Schuldners	280
5. Urheber der Erklärung	286
6. Stellungnahme des Restrukturierungsbeauftragten	286
7. Kausalität	286
III. Vermögensübersicht; Ergebnis- und Finanzplan nach § 14 Abs. 2 StaRUG	286
1. Anwendungsbereich	287
2. Vermögensübersicht	287
3. Ergebnisplan	288
4. Finanzplan	288
5. Planungszeitraum des § 14 Abs. 2 S. 2 StaRUG	288
6. § 14 Abs. 2 S. 3 StaRUG	289
IV. Gerichtliche Überprüfung	290
1. Umfassende Überprüfung formaler Aspekte	290
2. Eingeschränkte Überprüfung materieller Inhalte	290
3. Anlässe gerichtlicher Überprüfung	290
4. Rechtsbehelfe gegen die gerichtliche Entscheidung	290
§ 15 Weitere beizufügende Erklärungen	291
A. Allgemeines	292
I. Normzweck	292
II. Überblick	292
III. Vergleich zur InsO	293
IV. Gesetzgeberischer Hintergrund	293
B. Erklärung der Fortführungsbereitschaft (Abs. 1)	293
I. Normzweck	293
II. Vergleich zur InsO	294
III. Persönlicher Anwendungsbereich	295
IV. Erklärung der Fortführungsbereitschaft	296
1. Persönlich haftende Gesellschafter	296
2. Fortführung des Unternehmens	297
3. Wissenserklärung	297
4. Form der Erklärung	298
5. Erklärung des geschäftsführenden persönlich haftenden Gesellschafters	299
V. Fehlerfolgen	299
C. Erklärungen der Neugesellschafter (Abs. 2)	300
I. Normzweck	300
II. Vergleich zur InsO	301
III. Betroffene Gläubiger	301
IV. Übernahme von Anteils-, Mitgliedschaftsrechten oder Beteiligungen	301
1. Umfasste Rechte	301
2. Übernahme	303
V. Keine Pflicht zur Zustimmung zum Plan	303
VI. Umfasste Rechtssubjekte	304
VII. Zustimmungserklärung	304

Inhaltsverzeichnis

VIII. Besonderheiten bei Anleihegläubigern	305
IX. Fehlerfolgen	306
D. Erklärungen Drittverpflichteter (Abs. 3)	307
I. Normzweck	307
II. Vergleich zur InsO	307
III. Drittverpflichtungen	307
1. Dritte	307
2. Verpflichtungen	307
3. Gegenüber den Gläubigern	309
IV. Verpflichtungserklärung	310
V. Fehlerfolgen	311
E. Erklärungen verbundener Unternehmen als Sicherungsgeber (Abs. 4)	312
I. Normzweck	312
II. Vergleich mit der InsO	312
III. Eingriff in Rechte aus gruppeninternen Drittsicherheiten	313
IV. Zustimmungserklärung des verbundenen Unternehmens	313
V. Fehlerfolgen	313
§ 16 Checkliste für Restrukturierungspläne	314
I. Allgemein	314
1. Normzweck	314
2. RestruktRL	315
II. Einzelerläuterungen	315
1. Inhalt der Checkliste	315
2. Lediglich informativer Charakter der Checkliste	316
3. Updates der Checkliste	316
4. Checkliste in englischer Sprache	316
III. Weitere Hilfestellungen für KMU	316

Abschnitt 3. Planabstimmung

Unterabschnitt 1. Planangebot und Planannahme

§ 17 Planangebot	317
I. Normzweck und Grundlagen	321
1. Historische Vorläufer	321
2. Sanierungsvergleich	321
3. Insolvenzplan, §§ 217 ff. InsO	322
4. „Schlichter“ Restrukturierungsvertrag	325
5. Gerichtlich bestätigter Restrukturierungsplan	328
II. Grundsätze der Vertragsanbahnung nach StaRUG	330
1. Vorgaben der Richtlinie und Umsetzung im StaRUG	330
2. Zwei Wege zur Planannahme durch Abstimmung	331
3. Privatautonom gestaltete, gerichtsferne Vertragsanbahnung nach §§ 17 ff.	333
4. Planannahmeverfahren ausschließlich in Formen des Privatrechts	334
III. Angebot (Abs. 1)	336
1. Vorlagebefugnis	336
2. Empfänger	339
3. Inhalt	340
4. Anzuwendende Vorschriften	341
5. Abgabe des Angebots	349
6. Zugang des Angebots	350
7. Bindung an das Angebot, § 145 BGB	351
8. Bedingung (§ 18)	353
9. Form (Abs. 4 S. 1)	354
10. Beweislast	361
IV. Erforderliche Hinweise	362
1. Wirksamkeit bei mehrheitlicher Annahme und gerichtlicher Bestätigung, Abs. 1 S. 1	
Hs. 2	362
2. Einbezogenheit des jeweiligen Planbetroffenen, Abs. 2	363
3. Recht auf Erörterungstermin (Abs. 3)	365
4. Glaubhaftmachung der Schlechterstellung, § 64 Abs. 4 S. 1	367
5. Entbehrliche Angaben	367
V. Beifügung des Plans, Abs. 1 S. 2 Hs. 1	367
1. Beifügung als Teil des Angebots	367
2. Form des beigefügten Plans	368
VI. Stellungnahme des Restrukturierungsbeauftragten	368
VII. Darstellung der Verfahrenskosten, Abs. 1 S. 2 Hs. 2	369
1. Grundsatz	369

2. Kosten	370
3. Fehlerfolge	372
VIII. Optionale elektronische Teilnahme an einer Versammlung, § 20 Abs. 2	373
IX. Annahme	373
1. Rechtsnatur und Inhalt	373
2. Form	373
3. Frist, § 19	374
X. Überprüfung im Bestätigungsverfahren	374
§ 18 Auslegung des Planangebots	375
I. Normzweck	375
II. Auslegung und Beweislast	377
III. Alternative Bedingungsfälle	377
1. Allseitige Annahme	378
2. Gerichtliche Planbestätigung	378
IV. Bedingungsfreundliche Rechtsgeschäfte	381
§ 19 Annahmefrist	382
I. Normzweck	382
II. Annahmefrist	383
1. Bestimmung einer Annahmefrist	383
2. Fristdauer	385
3. Fristveränderung	386
4. Fristbeginn und -lauf	386
5. Fristende	388
III. Fristwahrung	388
IV. Verspätete Annahme	390
V. Verstoß gegen das Fristsetzungsgebot	391
1. Keine oder zu kurze Frist	391
2. Verspätete Fristsetzung	393
§ 20 Abstimmung im Rahmen einer Versammlung der Planbetroffenen	394
I. Normzweck	396
II. Einberufung der Planbetroffenenversammlung (Abs. 1)	397
1. Inhalt und Rechtscharakter	397
2. Berechtigung und Adressat	397
3. Form (Abs. 1 S. 2)	398
4. Frist (Abs. 1 S. 3, S. 4)	398
5. Beizufügende Unterlagen (Abs. 1 S. 5)	401
6. Hinweise	402
7. Fakultativer Inhalt: Elektronische Teilnahme (Abs. 2)	402
8. Fehlerfolgen	405
III. Durchführung der Planbetroffenenversammlung (Abs. 3)	406
1. Ort	406
2. Zeit	407
3. Teilnahmerecht	408
4. Versammlungsleitung (Abs. 3 S. 1)	409
5. Auskunftsrecht der Planbetroffenen/Erörterung (Abs. 3 S. 2)	411
6. Vorschlagsrecht der Planbetroffenen (Abs. 3 S. 3 und 4)	412
7. Rücknahme	413
8. Elektronische Teilnahme (Abs. 2)	414
IV. Abstimmung über den Restrukturierungsplan (Abs. 4, 5)	420
1. Abänderungen in einzelnen Punkten (Abs. 4)	420
2. Modalitäten der Abstimmung (Abs. 5)	422
3. Stimmabgabe ohne Teilnahme	424
§ 21 Erörterung des Restrukturierungsplans	426
I. Normzweck	427
II. Erörterungsverlagen eines Planbetroffenen	428
III. Einberufung	429
1. Inhalt und Rechtscharakter	429
2. Form	430
3. Frist	430
4. Elektronische Teilnahme	430
IV. Ablauf der Versammlung	430
1. Erörterung	430
2. Annahmeerklärungen	430
V. Auswirkungen auf die Annahmefrist (Abs. 4)	431
1. Verlängerung der Annahmefrist	431
2. Wegfall der Bindung zuvor abgegebener Erklärungen	432

Inhaltsverzeichnis

§ 22 Dokumentation der Abstimmung 433

 I. Normzweck 434

 II. Bedeutung im Kontext mit § 63 435

 1. Reichweite der Zweifelsregelung des § 63 Abs. 3 S. 1 435

 2. Bedeutung für die objektive Feststellungslast bei § 63 Abs. 1 Nr. 2 435

 3. Dokumentation als lediglich substantiierter Vortrag 436

 III. Verpflichteter 437

 IV. Inhalt der Dokumentation (Abs. 1) 437

 1. Dokumentation des Verfahrens 438

 2. Dokumentation des Ergebnisses 439

 V. Form und Rechtsnatur der Dokumentation 440

 1. Rechtsnatur 440

 2. Form 440

 3. Zeit 441

 VI. Zugänglichmachung für Planbetroffene (Abs. 2) 441

 1. Zeitrahmen 441

 2. Form 441

 VII. Fehlerfolgen 442

 1. Keine Nichtigkeit 442

 2. Schadensersatz 442

§ 23 Gerichtliches Planabstimmungsverfahren 442

 I. Normzweck 443

 II. Wahlberechtigter 443

 III. Zweckmäßigkeitserwägungen 443

 1. Zeitrahmen 443

 2. Verfahrensmäßige Behandlung 445

 3. Streit über Stimmrecht 446

 4. Kosten 446

 IV. Sonstige Erwägungen 446

Unterabschnitt 2. Stimmrecht und erforderliche Mehrheiten

§ 24 Stimmrecht 447

 I. Normzweck 449

 II. Stimmrecht 449

 1. Stimmberechtigte 450

 2. Restrukturierungsforderungen 450

 3. Absonderungsanswartschaften oder gruppeninternen Drittsicherheiten (Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3) 461

 4. Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte (Abs. 1 Nr. 3) 465

 5. Maßgeblicher Zeitpunkt 468

 III. Verfahren bei streitigem Recht bzw. Forderung (Abs. 4) 470

 1. Außergerichtliche Festsetzung (ggf. nach gerichtlicher Vorprüfung) 470

 2. Gerichtliche Festsetzung 472

 3. Materiell-rechtliche Auswirkungen 473

§ 25 Erforderliche Mehrheiten 474

 I. Normzweck 475

 II. Erforderliche Mehrheit 475

 1. Grundlage 475

 2. Abstimmung in jeder Gruppe 476

 3. Mehrheit von 75 % der Stimmrechte 477

 III. Gemeinschaftliche Berechtigung (Abs. 2) 479

 1. Zweck 479

 2. Gemeinschaftliche Forderungsgläubiger (Abs. 2 S. 1) 480

 3. Mit Pfandrecht oder Nießbrauch belastete Rechte (Abs. 2 S. 2) 483

 4. Behandlung als nur ein Planbetroffener 484

§ 26 Gruppenübergreifende Mehrheitsentscheidung 484

 I. Normzweck und Regelungszusammenhänge 486

 II. Regelungsinhalt der Gruppenübergreifenden Mehrheitsentscheidung 490

 III. Entstehungsgeschichte 491

 1. Die Restrukturierungsrichtlinie (EU) 2019/1023 491

 2. U.S.-amerikanisches Chapter 11-Verfahren 492

 3. Das Obstruktionsverbot 494

 IV. Gruppenübergreifende Mehrheitsentscheidung 496

 1. Das Schlechterstellungsverbot (Abs. 1 Nr. 1) 496

 2. Angemessene Beteiligung am wirtschaftlichen Wert (Abs. 1 Nr. 2) 503

 3. Mehrheitliche Zustimmung der abstimmenden Gruppen (Abs. 1 Nr. 3) 503

V.	Eingriffe in Rechte von Gläubigern aus gruppeninternen Drittsicherheiten (Abs. 2)	505
§ 27	Absolute Priorität	507
I.	Merkmal der angemessenen Beteiligung und Normzweck	509
II.	Angemessene Beteiligung der Gläubiger	510
1.	Obergrenze der Wertverteilung (Abs. 1 Nr. 1)	510
2.	Die absolute Vorrangregel (Abs. 1 Nr. 2)	511
3.	Keine Besserstellung gleichrangiger Gläubiger (Abs. 1 Nr. 3)	531
III.	Angemessene Beteiligung der am Schuldner beteiligten Personen	532
1.	Obergrenze der Wertverteilung (Abs. 2 Nr. 1)	533
2.	Keine Besserstellung gleichrangiger am Schuldner beteiligter Personen (Abs. 2 Nr. 2)	533
§ 28	Durchbrechung der absoluten Priorität	534
I.	Normzweck und Rechtfertigung der Ausnahmetatbestände	535
II.	Unterschiedliche Behandlung von gleichrangigen Gläubigern (Abs. 1)	538
1.	Ungleichbehandlung bei Sachgerechtigkeit (S. 1)	538
2.	Hälfte der Stimmrechte (S. 2)	540
III.	Durchbrechung zugunsten des Schuldners oder einer an dem Schuldner beteiligten Person (Abs. 2)	540
1.	Mitwirkung des Schuldners an der Planumsetzung (Nr. 1)	541
2.	Geringfügige Eingriffe in Gläubigerrechte (Nr. 2)	546

Kapitel 2. Stabilisierungs- und Restrukturierungsinstrumente

Abschnitt 1. Allgemeine Bestimmungen

Unterabschnitt 1. Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens; Verfahren

§ 29	Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens	548
I.	Normzweck und Grundlegung	549
1.	Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen zur Überwindung des Holdout-Problems (Restrukturierungstheorie)	550
2.	Systematische Abgrenzung zwischen Kapitel 1 (Restrukturierungsplan) und Kapitel 2 (Stabilisierungs- und Restrukturierungsinstrumente)	554
3.	Rechtsnatur der Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen	557
II.	Umsetzung der Richtlinie	559
1.	Umsetzung von Art. 1 Abs. 1 Buchst. a und Art. 4 Abs. 1 RestruktRL	559
2.	Umsetzung von Art. 2 Abs. 2 Buchst. a und b RestruktRL	560
III.	Zugang zu den Instrumenten des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens (Abs. 1)	563
1.	Drohende Zahlungsunfähigkeit als materielle Zugangsvoraussetzung	563
2.	Nachhaltige Beseitigung der drohenden Zahlungsunfähigkeit	575
IV.	Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens (Abs. 2)	575
1.	Überblick und Dogmatik der Instrumente	575
2.	Verfahrensrecht der Verfahrenshilfen	578
V.	Prinzip der Modularisierung (Abs. 3)	583
§ 30	Restrukturierungsfähigkeit	585
I.	Normzweck und Anwendungsbereich	585
1.	Bedeutung der Restrukturierungsfähigkeit	585
2.	Persönlicher Anwendungsbereich und Restrukturierungsfähigkeit als Zulässigkeitsvoraussetzung	586
3.	Normanwendung bei der Sanierungsmoderation	587
4.	Anwendung auf nicht unternehmerisch tätige Schuldner sowie Unternehmerbegriff des § 14 BGB	588
II.	Umsetzung der Richtlinie	589
III.	Restrukturierungsfähige Schuldner (Abs. 1 S. 1)	590
1.	Juristische Personen (Abs. 1 S. 1)	590
2.	Rechtsfähige Personengesellschaften (Abs. 1 S. 1)	592
3.	Fehlerhafte juristische Personen oder rechtsfähige Personengesellschaften	593
4.	Gesellschaftsrechtliche Änderungen beim Rechtsträger	593
5.	Unternehmerisch tätige natürliche Personen (Abs. 1 S. 2)	594
6.	Sondervermögen nach § 11 Abs. 2 Nr. 2 InsO	595
7.	Schuldner mit Auslandsbezügen	595
IV.	Nicht restrukturierungsfähige Rechtsträger und Vermögen	598
1.	Ausgeschlossene Finanzunternehmen (Abs. 2)	598
2.	Sonstige ausgeschlossene Rechtsträger	598
3.	Verfahrensmäßige Behandlung nicht restrukturierungsfähiger Schuldner	599

Inhaltsverzeichnis

V.	Zuständigkeiten bei restrukturierungsfähigen Schuldnern für die einzelnen Verfahrenshandlungen	600
§ 31	Anzeige des Restrukturierungsvorhabens	600
I.	Normzweck	602
II.	Umsetzung der Richtlinie	603
III.	Funktion, Form und Rechtsfolgen der Anzeige (Abs. 1)	604
	1. Funktionen der Anzeige	604
	2. Form und förmliche Angaben der Anzeige	605
	3. Begrenzte gerichtliche Vorprüfung	607
IV.	Beizufügende Unterlagen (Abs. 2)	609
	1. Entwurf eines Restrukturierungsplans oder Restrukturierungskonzept (Abs. 2 S. 1 Nr. 1)	609
	2. Darstellung des Verhandlungsstands (Abs. 2 S. 1 Nr. 2)	610
	3. Darstellung der Restrukturierungsvorbereitung (Abs. 2 S. 1 Nr. 3)	610
	4. Sonstige Angaben (Abs. 2 S. 2–4)	611
V.	Rechtsfolgen der Anzeige (Abs. 3)	612
VI.	Ende der Wirkung der Anzeige (Abs. 4)	613
	1. Rücknahme durch den Schuldner (Abs. 4 Nr. 1)	613
	2. Rechtskräftige Entscheidung über die Planbestätigung (Abs. 4 Nr. 2)	614
	3. Aufhebung der Restrukturierungssache nach § 33 (Abs. 4 Nr. 3)	614
	4. Zeitablauf (Abs. 4 Nr. 4)	615
	5. Rechtsfolgen der Wirkungslosigkeit	616
VII.	Kostenrechtliche Aspekte	617
§ 32	Pflichten des Schuldners	618
I.	Normzweck	619
II.	Umsetzung der Richtlinie	621
III.	Sorgfaltspflichten des Schuldners (Abs. 1)	622
	1. Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Sanierungsgeschäftsführers	622
	2. Wahrung der Interessen der Gläubigersamtheit	623
	3. Restrukturierungsorientiertes Controlling	624
	4. Folgen bei Pflichtverletzung	624
IV.	Mitteilungspflichten des Schuldners (Abs. 2)	624
	1. Wesentliche Änderungen (Abs. 2 S. 1)	624
	2. Pflichten bei Stabilisierungsanordnung (Abs. 2 S. 2)	625
	3. Geltung gegenüber Restrukturierungsbeauftragten (Abs. 2 S. 3)	625
V.	Anzeigepflichten des Schuldners (Abs. 3 und 4)	626
	1. Bei Eintritt der Insolvenzzreife (Abs. 3)	626
	2. Bei fehlenden Erfolgsaussichten (Abs. 4)	627
§ 33	Aufhebung der Restrukturierungssache	627
I.	Normzweck	629
II.	Umsetzung der Richtlinie	630
III.	Amtsermittlungspflicht des Gerichts	631
IV.	Aufhebungstatbestände	632
	1. Insolvenzantrag des Schuldners/Eröffnung eines Insolvenzverfahrens (Abs. 1 Nr. 1)	632
	2. Unzuständigkeit des Restrukturierungsgerichts (Abs. 1 Nr. 2)	634
	3. Schwerwiegender Verstoß des Schuldners gegen seine Mitwirkungs- und Auskunftserteilungspflicht (Abs. 1 Nr. 3)	635
	4. Eintritt der Insolvenzzreife (Abs. 2 S. 1 Nr. 1)	636
	5. Fehlende Erfolgsaussichten auf Umsetzung des Restrukturierungsvorhabens (Abs. 2 S. 1 Nr. 2)	639
	6. Schwerwiegender Verstoß des Schuldners gegen seine Pflichten nach § 32 (Abs. 2 S. 1 Nr. 3)	640
	7. Frühere Restrukturierungssache (Abs. 2 S. 1 Nr. 4)	642
V.	Zwingendes Aufhebungsverbot (Abs. 3)	642
VI.	Rechtsmittel (Abs. 4)	643
VII.	Rechtsfolgen der Aufhebung	643
§ 34	Restrukturierungsgericht; Verordnungsermächtigung	644
A.	Grundlagen	645
I.	Normzweck und Regelungsgehalt	645
II.	Entstehungsgeschichte	646
B.	Restrukturierungsgericht (Abs. 1)	647
I.	Sachliche Zuständigkeit	647
	1. Amtsgericht als Restrukturierungsgericht	647
	2. Amtsgericht als Vollstreckungsgericht	647
	3. Zuständigkeit des Prozessgerichts	648
II.	Funktionelle Zuständigkeit	649

C. Verordnungsermächtigung (Abs. 2)	650
I. Ermächtigung für die Landesregierungen	650
1. Adressat und Subdelegation	650
2. Inhalt, Zweck und Ausmaß	650
3. Bestimmung eines anderen Amtsgerichts	650
4. Erstreckung der Zuständigkeit innerhalb eines Landes	651
II. Länderübergreifende Zuständigkeitsvereinbarung	652
§ 35 Örtliche Zuständigkeit	652
A. Grundlagen	653
I. Normzweck und Regelungsgehalt	653
II. Entstehungsgeschichte	653
B. Örtliche Zuständigkeit	653
I. Zuständigkeitsbegründung	653
1. Systematik	653
2. Maßgeblicher Zeitpunkt	654
3. Erschleichung des Gerichtsstands	655
II. Mittelpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit	656
1. Wirtschaftliche Tätigkeit	656
2. Mittelpunkt	656
III. Allgemeiner Gerichtsstand	657
C. Verfahren	658
I. Zuständigkeitsprüfung	658
1. Amtsermittlungspflicht	658
2. Rechtsmittel	658
II. Verweisung bei Unzuständigkeit	660
1. Hinweis und Antragserfordernis	660
2. Anhörung der Verfahrensbeteiligten	661
3. Verweisungsbeschluss	662
4. Bindungswirkung	663
5. Gerichtsstandsbestimmung durch das höhere Gericht	663
D. Internationale Zuständigkeit	664
I. Öffentliche Restrukturierungssachen ab dem 17.7.2022	664
II. Nichtöffentliche Restrukturierungssachen	664
§ 36 Einheitliche Zuständigkeit	665
A. Grundlagen	665
I. Normzweck und Regelungsgehalt	665
II. Entstehungsgeschichte	666
B. Einheitliche Zuständigkeit	666
§ 37 Gruppen-Gerichtsstand	667
A. Grundlagen	668
I. Normzweck und Regelungsgehalt	668
II. Entstehungsgeschichte	668
B. Optionale Zuständigkeitskonzentration	669
I. Systematik	669
II. Schuldnerantrag	669
1. Örtliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	669
2. Restrukturierungsanzeige	670
3. Antragsberechtigung	670
4. Form	671
5. Inhalt	671
6. Anhörung der Verfahrensbeteiligten	675
III. Voraussetzungen	675
1. Zulässiger Antrag in der Restrukturierungssache	675
2. Keine nur untergeordnete Bedeutung	676
3. Gemeinsames Interesse der Gläubiger	677
IV. Simultanträge	677
V. Fortbestehen des Gruppen-Gerichtsstands	678
VI. Zuständigkeit für Gruppen-Folgeverfahren	678
VII. Verweisung an den Gruppengerichtsstand	679
VIII. Insolvenzverfahren als Gruppen-Folgeverfahren (Abs. 3)	680
C. Entscheidung des Gerichts	680
I. Form, Inhalt und Begründung	680
1. Erklärung der Zuständigkeit	680
2. Zurückweisung des Antrags	681
3. Gruppen-Folgeverfahren in Insolvenzsachen	682
II. Rechtsmittel	682

Inhaltsverzeichnis

1. Sofortige Beschwerde	682
2. Anhörrungsrrüge, Gegenvorstellung	682
3. Inzidentprüfung	682
§ 38 Anwendbarkeit der Zivilprozessordnung	682
I. Normzweck	683
II. Entsprechende Anwendbarkeit der Zivilprozessordnung	683
1. Allgemeines	683
2. Reichweite der entsprechenden Anwendbarkeit	683
III. Versammlungen und Termine im Wege der Bild- und Tonübertragung	684
1. Versammlungen und Termine im Wege der Bild- und Tonübertragung	684
2. Obligatorischer Hinweis auf Nichtöfentlichkeit bei der Ladung	684
§ 39 Verfahrensgrundsätze	684
I. Überblick	685
II. Untersuchungsgrundsatz und Mitwirkungspflichten des Schuldners	685
1. Untersuchungsgrundsatz	685
2. Mitwirkungspflichten des Schuldners	686
III. Mündlichkeit	691
1. Bedeutung und Normzweck	691
2. Entscheidungen des Restrukturierungsgerichts	691
3. Gerichtliches Ermessen	691
4. Verlegung von Terminen	692
§ 40 Rechtsmittel	692
A. Grundlagen	693
I. Normzweck und Regelungsgehalt	693
II. Entstehungsgeschichte	693
B. Statthaftigkeit der Beschwerde (Abs. 1 S. 1)	693
I. Systematik	693
1. Enumerationsprinzip	693
2. Reichweite der Unanfechtbarkeitsregelung	694
II. Entscheidung des Restrukturierungsgerichts	695
III. Anschlussbeschwerde	696
IV. Rechtsbehelfe	696
1. Außerordentliche Beschwerde	696
2. Anhörrungsrrüge	697
3. Gegenvorstellung	697
4. Untätigkeit des Gerichts	698
5. Schutzschriften	699
C. Beschwerdefrist (Abs. 2)	699
D. Beschwerdeverfahren	700
I. Einlegung der Beschwerde	700
1. Zeitpunkt	700
2. Form	701
3. Einlegung bei dem Restrukturierungsgericht	702
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen	702
1. Beschwerdeberechtigung	703
2. Beschwer	703
3. Beschwerdewert	703
III. Abhilfeverfahren	704
IV. Aussetzung der Vollziehung	705
V. Entscheidung des Beschwerdegerichts	706
1. Verfahren	706
2. Zulässigkeit der Beschwerde	707
3. Begründetheit der Beschwerde	708
4. Kostenentscheidung	709
5. Wirksamwerden der Entscheidung (Abs. 3)	709
E. Rechtsbeschwerde	710
I. Zulassung	710
1. Zulassungsgründe	710
2. Zulassungsentscheidung des Landgerichts	711
II. Einlegung der Rechtsbeschwerde	712
§ 41 Zustellungen	714
A. Grundlagen	715
I. Normzweck und Regelungsgehalt	715
II. Entstehungsgeschichte	716
B. Zustellungsverfahren	716
I. Zustellungen von Amts wegen	716

1. Voraussetzungen	716
2. Zuzustellende Schriftstücke	716
3. Zustellungsadressat	717
II. Bewirken der Zustellung	717
1. Ausführungsorgan	717
2. Keine Beglaubigung	718
III. Zustellungsarten	719
1. Zustellungen nach §§ 173–176 Abs. 1 ZPO	719
2. Zustellung durch Aufgabe zu Post	720
3. Zustellung an Personen unbekannten Aufenthalts	721
4. Auslandszustellung	722
C. Zustellungen durch den Schuldner (Abs. 3)	722
I. Beauftragung des Schuldners durch das Gericht	722
II. Durchführung der Zustellungen	724
1. Parteibetrieb	724
2. Zustellung durch den Gerichtsvollzieher	725
3. Rechtsmittel	727
D. Heilung von Zustellungsmängeln	728
 Unterabschnitt 2. Restrukturierungsrecht	
§ 42 Anzeige von Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung; Strafvorschrift	728
I. Überblick und Normzweck	729
II. Umsetzung der Richtlinie	730
III. Ruhen der Insolvenzantragspflicht (Abs. 1 S. 1)	731
IV. Anzeigepflicht (Abs. 1 S. 2)	732
1. Anzeigeverpflichtete	732
2. Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung	732
3. Inhalt der Anzeige	734
4. Unverzüglichkeit der Anzeige	735
5. Fakultativer Insolvenzantrag (Abs. 2)	735
6. Rechtsfolgen der Anzeige	737
V. Strafrechtliche Haftung (Abs. 3)	737
VI. Zivilrechtliche Haftung	737
1. Haftung nach § 43 Abs. 1 S. 2	738
2. Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB	738
3. Haftung nach § 15b InsO	739
VII. Wiederaufleben der Insolvenzantragspflicht (Abs. 4)	739
§ 43 Pflichten und Haftung der Organe	740
I. Überblick	742
II. Unionsrechtliche Hintergründe, Genese und Ratio der Norm	742
III. Geschäftsleiterpflicht (Abs. 1 S. 1)	742
1. Anwendungsbereich	742
2. Sorgfaltsmaßstab	743
IV. Innenhaftung (Abs. 1 S. 2)	748
1. Haftungsvoraussetzungen	748
2. Rechtsfolgen	750
3. Verzicht und Vergleich (Abs. 2)	750
4. Verjährung (Abs. 3)	751
5. Verhältnis zu anderen Haftungstatbeständen	752
§ 44 Verbot von Lösungsklauseln	752
I. Überblick und Normzweck	753
II. Umsetzung der Richtlinie	754
III. Anwendungsbereich	755
1. Vertragsverhältnisse mit dem Schuldner	755
2. Bereichsausnahme, Abs. 3	755
IV. Tatbestandliche Anknüpfungspunkte	756
1. Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache	756
2. Inanspruchnahme von Verfahrenshilfen nach § 29 Abs. 2	756
3. Keine sonstigen Anknüpfungspunkte	756
V. Rechtsfolgen	758
1. Keine Vertragsbeendigung	758
2. Keine Fälligestellung von Leistungen	758
3. Keine Leistungsverweigerungs-, Vertragsanpassungs- oder sonstigen Gestaltungsrechte	759
4. Keine Vertragsunwirksamkeit	759
5. Unwirksamkeit entgegenstehender Vereinbarungen	759

Inhaltsverzeichnis

6. Nicht ausgeschlossene Regelungen	760
7. Haftung der Gläubiger	760
 Abschnitt 2. Gerichtliche Planabstimmung	
§ 45 Erörterungs- und Abstimmungstermin	761
A. Grundlagen	762
I. Normzweck und Regelungsgehalt	762
II. Entstehungsgeschichte	763
B. Terminsbestimmung	763
I. Antrag des Schuldners	763
1. Antragsberechtigung	763
2. Form	764
3. Inhalt (Abs. 2)	764
II. Verfahren	766
1. Grundsatz der Bestimmung eines einheitlichen Termins	766
2. Einzuhaltende Fristen	767
3. Ladungen	769
III. Rechtsbehelfe	772
C. Erörterungs- und Abstimmungstermin	773
I. Öffentlichkeit, Anwesenheitsrecht und Sitzungspolizei	773
II. Ablauf des Termins	775
1. Formalien	775
2. Erörterung des Restrukturierungsplans	775
3. Erörterung und Festlegung des Stimmrechts	777
4. Abstimmung	778
5. Planbestätigung	779
§ 46 Vorprüfungstermin	779
A. Grundlagen	780
I. Normzweck und Regelungsgehalt	780
II. Entstehungsgeschichte	782
B. Vorprüfungstermin	782
I. Terminsbestimmung	782
1. Bestimmung auf Antrag (Abs. 1 S. 1)	782
2. Bestimmung von Amts wegen (Abs. 3)	783
3. Zeitpunkt des Vorprüfungstermins	784
4. Ladungen	785
5. Rechtsbehelfe	786
II. Gegenstand des Vorprüfungsverfahrens (Abs. 1 S. 2)	786
III. Verfahren	787
C. Gerichtlicher Hinweis (Abs. 2)	788
I. Entscheidungsform	788
II. Inhalt des Hinweises	788
III. Zeitpunkt	789
IV. Keine Bindungswirkung	789
V. Rechtsmittel	789
 Abschnitt 3. Vorprüfung	
§ 47 Antrag	790
A. Grundlagen	790
I. Normzweck und Regelungsgehalt	790
II. Entstehungsgeschichte	791
B. Einzelerläuterungen	791
I. Antragserfordernis	791
II. Gegenstand des Vorprüfungsverfahrens	791
§ 48 Verfahren	792
A. Grundlagen	792
I. Normzweck und Regelungsgehalt	792
II. Entstehungsgeschichte	793
B. Anhörung	793
I. Anhörungspflicht	793
II. Anzuhörende Planbetroffene	794
III. Art und Umfang der Anhörung	794
1. Verfahren	794
2. Schriftliches Anhörungsverfahren	795
3. Anhörungstermin	795
C. Gerichtlicher Hinweis	796

I.	Entscheidungsform	796
II.	Inhalt des Hinweises	796
III.	Sollfrist	797
IV.	Keine Bindungswirkung	798
V.	Rechtsmittel	798

Abschnitt 4. Stabilisierung

§ 49	Stabilisierungsanordnung	798
I.	Normzweck	799
II.	Umsetzung der Richtlinie	800
1.	Überblick über die Merkmale der Aussetzung	801
2.	Reichweite der Aussetzung	801
III.	Rechtfertigung der Eingriffe	803
IV.	Antrag auf Stabilisierung (Abs. 1)	804
1.	Grundvoraussetzungen (§§ 30, 31)	804
2.	Antragserfordernis (Abs. 1)	805
3.	Grundvoraussetzung der Erforderlichkeit (Abs. 1)	806
4.	Vollstreckungssperre (Abs. 1 Nr. 1)	807
5.	Verwertungssperre (Abs. 1 Nr. 2)	809
V.	Erfasste Forderungen und Gläubiger (Abs. 2)	811
1.	Sachlicher Umfang der Stabilisierungsanordnung (Abs. 2 S. 1)	811
2.	Persönlicher Umfang der Stabilisierungsanordnung (Abs. 2 S. 2)	812
3.	Sonderfall Stabilisierungsanordnung in öffentlichen Restrukturierungssachen	813
VI.	Gruppeninterne Drittsicherheiten (Abs. 3)	813
VII.	Rechtsbehelfe	814
VIII.	Schutzschriften	814
§ 50	Antrag	814
I.	Normzweck	815
II.	Umsetzung der Richtlinie	815
III.	Inhalt, Adressatenkreis und Dauer der Stabilisierungsanordnung (Abs. 1)	816
IV.	Beizufügende Restrukturierungsplanung (Abs. 2)	818
1.	Restrukturierungsplan oder -konzept (Abs. 2 Nr. 1)	818
2.	Finanzplan (Abs. 2 Nr. 2)	819
V.	Abzugebende Erklärungen (Abs. 3)	822
1.	Verzug gegenüber bestimmten Gläubigern (Abs. 3 Nr. 1)	822
2.	Frühere Stabilisierungen und vorläufige Maßnahmen (Abs. 3 Nr. 2)	823
3.	Offenlegungspflichten (Abs. 3 Nr. 3)	824
§ 51	Voraussetzungen der Stabilisierungsanordnung	824
I.	Normzweck	826
II.	Umsetzung der Richtlinie	826
III.	Allgemeine Voraussetzungen der Stabilisierungsanordnung (Abs. 1)	826
1.	Vollständigkeit und Schlüssigkeit (Abs. 1 S. 1)	827
2.	Unzutreffende Tatsachen (Abs. 1 S. 1 Nr. 1)	829
3.	Aussichtslose Restrukturierung (Abs. 1 S. 1 Nr. 2)	829
4.	Schuldner noch nicht drohend zahlungsunfähig (Abs. 1 S. 1 Nr. 3)	830
5.	Anordnung nicht erforderlich (Abs. 1 S. 1 Nr. 4)	831
6.	Mängelbehebung (Abs. 1 S. 3)	832
IV.	Besondere Voraussetzungen (Abs. 2)	833
1.	Erhebliche Zahlungsrückstände (Abs. 2 S. 1 Nr. 1)	833
2.	Verletzte Offenlegungspflichten (Abs. 2 S. 1 Nr. 2)	834
3.	Erneute Stabilisierung oder vorläufige Sicherungsanordnungen (Abs. 2 S. 2)	835
V.	Noch ausstehender Restrukturierungsplan (Abs. 3)	835
VI.	Zustellung der Stabilisierungsanordnung (Abs. 4)	836
VII.	Entscheidung des Restrukturierungsgerichts und Rechtsmittel (Abs. 5)	837
VIII.	Schutzschriften	838
§ 52	Folgeanordnung, Neuordnung	839
I.	Normzweck	839
II.	Umsetzung der Richtlinie	839
III.	Folgeanordnung	840
IV.	Neuordnung	841
V.	Anordnungsvoraussetzungen	841
VI.	Zustellung, Rechtsmittel und Aufhebung	843
§ 53	Anordnungsdauer	843
I.	Normzweck	843
II.	Umsetzung der Richtlinie	844
III.	Anordnungshöchstdauer der Erstanordnung (Abs. 1)	845

Inhaltsverzeichnis

IV.	Verlängerte Anordnungshöchstdauer für Folge- oder Neuankordnungen (Abs. 2)	846
V.	Verlängerte Anordnungshöchstdauer für Folge- oder Neuankordnungen bei angenommenen Restrukturierungsplänen (Abs. 3)	847
VI.	Sonderfall Verlegung des COMI (Abs. 4)	849
§ 54	Folgen der Verwertungssperre	851
I.	Normzweck	851
II.	Umsetzung der Richtlinie	853
III.	Zinszahlungen und Ausgleich des Wertverlusts (Abs. 1)	853
1.	Grundsatz und Dogmatik (Abs. 1 S. 1)	853
2.	Zinszahlungen (Abs. 1 S. 1)	854
3.	Ausgleich des Wertverlusts (Abs. 1 S. 1)	855
4.	Ausnahme (Abs. 1 S. 2)	856
IV.	Erlösauskehrung oder Verwahrung (Abs. 2)	857
1.	Erfasste Sicherungen und deren insolvenzrechtliche Behandlung	857
2.	Pflicht zur Erlösauskehrung oder unterscheidbaren Verwahrung	858
3.	Anderweitige Vereinbarungen	859
4.	Organaußenhaftung und Streit über die Erlösauskehrung oder Verwahrung	860
§ 55	Vertragsrechtliche Wirkungen	861
I.	Normzweck	862
II.	Umsetzung der Richtlinie	862
1.	Wesentliche und nichtwesentliche Verträge	863
2.	Verträge mit Rechtswahlklauseln und Gerichtsstandsvereinbarungen zugunsten anderer Staaten	863
3.	Erfahrungen aus dem europäischen Sanierungs- und Abwicklungsrecht	864
4.	Vertragsrechtliche Wirkungen als „Wirkungen“ iSv § 335 InsO analog	864
5.	Vertragsrechtliche Wirkungen nach deutschem Recht nach Art. 7 EuInsVO	865
III.	Vertragliche Rechte des Gläubigers (Abs. 1)	866
1.	Gegenleistungen für die Zeit der Stabilisierungsankordnung (Abs. 1 S. 1 Hs. 1)	867
2.	Gegenleistungen für die Zeit vor der Stabilisierungsankordnung (Abs. 1 S. 1 Hs. 2)	869
3.	Folge- oder Neuankordnungen (Abs. 1 S. 2)	869
IV.	Nichtnotwendige Leistungen (Abs. 2)	869
V.	Sonderfälle (Abs. 3)	870
1.	Vorleistungspflichtiger Gläubiger (Abs. 3 S. 1)	871
2.	Außerordentliches Kündigungsrecht bei Darlehensverträgen nach § 490 BGB (Abs. 3 S. 2)	872
3.	Anderer Kreditzusagen (Abs. 3 S. 3)	872
§ 56	Finanzsicherheiten, Zahlungs- und Abwicklungssysteme, Liquidationsnetting	872
I.	Normzweck	873
II.	Umsetzung der Richtlinie	873
III.	Finanzsicherheiten, Zahlungs- und Abwicklungssystem (Abs. 1)	874
IV.	Liquidationsnetting (Abs. 2)	874
§ 57	Haftung der Organe	874
I.	Normzweck	875
II.	Schadensersatz wegen unrichtiger Angaben (Satz 1 und 2)	876
1.	Betroffene Rechtsträger	876
2.	Anspruchsverpflichteter	876
3.	Anspruchsberechtigter	876
4.	Pflichtverletzung und haftungsbegründende Kausalität	877
5.	Verschulden	881
6.	Schaden und haftungsausfüllende Kausalität	882
7.	Mitverschulden und Schadensminderungspflicht des Gläubigers	883
8.	Geltendmachung	883
9.	Zuständiges Gericht	884
III.	Schadensersatz wegen nicht ordnungsgemäßer Erlösauskehr oder -verwahrung (Satz 3)	885
IV.	Verjährung (Satz 4)	886
V.	Verhältnis zu anderen Haftungsnormen	886
VI.	Versicherung	886
§ 58	Insolvenzantrag	886
I.	Normzweck	887
II.	Umsetzung der Restrukturierungsrichtlinie	888
III.	Aussetzung des Verfahrens	888
1.	Anwendungsbereich	889
2.	Verfahren der Aussetzung	889
3.	Wirkungen der Aussetzung	891
IV.	Rechtsschutzmöglichkeiten der Gläubiger	893
§ 59	Aufhebung und Beendigung der Stabilisierungsankordnung	894

I.	Normzweck	895
II.	Umsetzung der Restrukturierungsrichtlinie	896
III.	Struktur der Norm	898
IV.	Aufhebung auf Antrag des Schuldners oder von Amts wegen, Abs. 1	899
	1. Aufhebung auf Antrag des Schuldners (Nr. 1)	900
	2. Aufhebung, wenn die Restrukturierungsanzeige ihre Wirkung verloren hat oder die Restrukturierungssache aufgehoben werden kann (Nr. 2)	900
	3. Aufhebung, wenn der Schuldner den Restrukturierungsplan nicht rechtzeitig übermittelt (Nr. 3)	904
	4. Aufhebung bei Unzureichender Wahrung der Interessen der Gläubigergesamtheit (Nr. 4)	906
V.	Aufhebung auf Antrag eines betroffenen Gläubigers, Abs. 2	909
	1. Antragsberechtigte	909
	2. Relevante Aufhebungsgründe	909
	3. Glaubhaftmachung des Aufhebungsgrundes	911
VI.	Rechtsfolgen	911
VII.	Absehen von der Aufhebung, Abs. 3	912
	1. Hintergrund	912
	2. Voraussetzungen	913
	3. Fristsetzung	915
	4. Beurteilungs- und Ermessensspielraum	915
VIII.	Beendigung kraft Gesetzes, Abs. 4	916

Abschnitt 5. Planbestätigung

Unterabschnitt 1. Bestätigungsverfahren

Vorbemerkungen vor §§ 60 bis 66	916
I. Sinn und Erforderlichkeit eines gerichtlichen Planbestätigungsverfahrens im Restrukturierungsrecht	920
1. Parallelen und wesentliche Unterschiede zum Insolvenzplanverfahren	920
2. Die Inanspruchnahme des Instruments „Planbestätigung“ und das Vorliegen drohender Zahlungsunfähigkeit	922
3. Restrukturierungsrecht als „Collective's Bargain“	923
II. Organisationsprinzipien für Sanierungsentscheidungen	924
1. Das Konsens-, das Mehrheits- und das Autoritätsprinzip	924
2. Kosten von Kollektiventscheidungen	925
3. Rechtliche Rahmenbedingungen für Kollektiventscheidungen durch Mehrheitsbeschluss	928
III. Planannahme versus Planbestätigung	937
1. Wirkungen von Planannahme und Planbestätigung – Überblick	937
2. Erfordernis der Planbestätigung nach der Restrukturierungsrichtlinie	942
3. Bindungswirkung von Restrukturierungsplänen mit Zustimmung aller Parteien	943
4. Bindungswirkung von Restrukturierungsplänen ohne Zustimmung aller Parteien	946
IV. Der Einfluss der §§ 60 ff. StaRUG auf „freie Sanierungen“	950
§ 60 Antrag	951
I. Telos und europarechtlicher Hintergrund der Norm	952
II. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen	953
III. Das Antragerfordernis (Abs. 1)	954
1. Antragerfordernis	954
2. Antragsberechtigung	954
3. Form- und Fristfragen	956
4. Rücknahme des Antrags	959
IV. Zustimmung der persönlich haftenden Gesellschafter (Abs. 2)	960
1. Sinn und Zweck des Zustimmungserfordernisses	960
2. Wirkung des Zustimmungserfordernisses	961
3. Form der Zustimmungserteilung	962
4. Betroffene Gesellschaften als Schuldner	962
5. Betroffene Gesellschafter des Schuldners	962
6. Verhältnis zur Erklärung zur Fortführung des Unternehmens nach § 15 Abs. 1 StaRUG	964
V. Die Entscheidung über den Antrag nach Abs. 1	964
§ 61 Anhörung	964
I. Sinn und Zweck von § 61 StaRUG	965
1. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	965
2. Europarechtlicher Hintergrund	966
II. Anwendungsbereich von § 61 StaRUG im Allgemeinen	967
III. Verpflichtende Anhörung in einem (gerichtlichen) Termin (Satz 2)	967

Inhaltsverzeichnis

1. Anwendungsbereich von Satz 2	967
2. Gerichtlicher Anhörungstermin	968
3. Anhörungsmöglichkeit für alle Planbetroffenen	969
IV. Fakultative Anhörung (Satz 1)	970
1. Anwendungsbereich von Satz 1	970
2. Ob und Wie der Anhörung	970
V. Ladungen zum gerichtlichen Anhörungstermin (Satz 3)	971
§ 62 Bedingter Restrukturierungsplan	972
I. Systematische Stellung, Hintergrund und Ratio der Norm	972
1. Planversagungsgründe	972
2. Europarechtlicher Hintergrund und insolvenzrechtliches Pendant	974
3. Sinn und Zweck „bedingter“ Restrukturierungspläne	974
II. Anwendungsbereich von § 62 StaRUG	974
1. Von § 62 StaRUG erfasste Planbestimmungen („Voraussetzungen“)	975
2. Nicht von § 62 StaRUG erfasste Planbestimmungen („Bedingungen“)	976
3. Voraussetzungen iSv § 62 StaRUG im Einzelnen	979
III. Überprüfung der Erfüllung der Voraussetzungen durch das Restrukturierungsgericht	982
1. Beginn und Beendigung der Prüfung der Erfüllung der Voraussetzungen	982
2. Prüfungsmaßstab und Entscheidung des Restrukturierungsgerichts	983
§ 63 Versagung der Bestätigung	984
I. Grundlagen	986
1. Ratio und Systematik der Norm	986
2. Europarechtlicher Hintergrund	987
II. Amtswegige Prüfung der Planversagungsgründe	987
1. Fehlen eines Antragerfordernisses	987
2. Geltung des Amtsermittlungsgrundsatzes und Überzeugungsbildung des Gerichts	988
3. Keine Bindungswirkung von Hinweisbeschlüssen im Rahmen der Vorprüfung	989
4. Gebundene Entscheidung	989
III. Vorliegen der drohenden Zahlungsunfähigkeit (Abs. 1 Nr. 1)	989
1. Nichtvorliegen der drohenden Zahlungsunfähigkeit als Versagungsgrund	990
2. Planbestätigung trotz Vorliegens von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung	991
IV. Wesentliche Inhalts- oder Verfahrensmängel (Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2)	993
1. Vorschriften über den Inhalt des Restrukturierungsplans	994
2. Vorschriften über die verfahrensmäßige Behandlung des Restrukturierungsplans	1004
3. Vorschriften über die Annahme des Restrukturierungsplans	1005
4. Prüfungsmaßstab	1006
V. Offensichtliche Nichterfüllbarkeit von Ansprüchen (Abs. 1 Nr. 3)	1009
1. Reine Erfüllbarkeitsprognose	1009
2. Zu berücksichtigende Ansprüche	1010
3. Prüfungsmaßstab	1011
VI. Restrukturierungspläne mit neuen Finanzierungen (Abs. 3)	1012
1. Der misslungene Versuch der Richtlinienumsetzung	1012
2. Verbleibende Bedeutung und Handhabung von § 63 Abs. 3 StaRUG	1014
VII. Zweifel an der ordnungsgemäßen Planannahme und streitiges Stimmrecht (Abs. 4)	1016
1. Anwendungsbereich und systematische Stellung	1016
2. Norminhalt	1016
VIII. Unlautere Herbeiführung der Annahme des Plans (Abs. 5)	1019
1. Grundlagen	1020
2. Tatbestandliche Voraussetzungen	1022
3. Handelnde Person	1025
4. Kausalität zwischen unlauterer Handlung und der Annahme des Restrukturierungsplans	1026
5. Das ungeschriebene „Verbot unlauterer neuer Finanzierungen“ in § 63 Abs. 5 StaRUG	1026
§ 64 Minderheitenschutz	1031
I. Inhalt und Ratio der Vorschrift	1033
1. Die Notwendigkeit eines Minderheitenschutzes	1033
2. Der Zielkonflikt zwischen schneller Plandurchführung und notwendigem Rechtsschutz	1035
II. Antragerfordernis (Abs. 1 Satz 1)	1038
1. Zulässigkeit und Ratio des Antragerfordernisses	1039
2. Antragsberechtigung	1040
3. Form und Frist	1041
4. Antragsrücknahme	1043
III. Zulässigkeitsvoraussetzungen (insb. Abs. 2)	1044
1. Ablehnende Stimmgabe	1044

	2. Widerspruch „im Abstimmungsverfahren“	1045
	3. Geltend- bzw. Glaubhaftmachung der voraussichtlichen Schlechterstellung durch den Restrukturierungsplan	1049
IV.	Entfall der Zulässigkeitsvoraussetzungen (Abs. 4)	1054
	1. Hinweis auf das Erfordernis der Geltendmachung bzw. Glaubhaftmachung der voraussichtlichen Schlechterstellung	1054
	2. (Kein) Hinweis auf das Widerspruchserfordernis	1055
	3. Konsequenz fehlender Hinweise	1056
V.	Abweisung wegen Mittelbereitstellung (Abs. 3 Satz 1)	1057
	1. Ratio und Verfassungs- und Europarechtskonformität	1057
	2. Wirkung und erforderliche Höhe der „bereitgestellten“ Mittel	1058
	3. Art der Mittelbereitstellung	1060
	4. Ermöglichung des Mittelabrufs unmittelbar nach Planbestätigung	1061
VI.	„Begründetheit“ eines Versagungsantrags	1063
	1. Das Planszenario und die Maßgeblichkeit der Inhalte des Restrukturierungsplans (Schritt 1)	1065
	2. Die sechs Alternativszenarien als Grundlage für die weitere Begründetheitsprüfung ..	1067
	3. Die Bewertung der Alternativszenarien (Schritt 2)	1075
	4. Bestimmung „des“ Vergleichsszenarios (Schritt 3)	1076
	5. Erste Begründetheitsbedingung: voraussichtliche Schlechterstellung (Schritt 4)	1081
	6. Zweite Begründetheitsbedingung: voraussichtliche Schlechterstellung (Schritt 5)	1083
	7. Praktische Handhabbarkeit der Begründetheitsprüfung	1083
VII.	Entscheidung des Restrukturierungsgerichts über den Versagungsantrag	1084
	1. Geltung und Bedeutung des Amtsermittlungsgrundsatzes	1084
	2. Fall des unzulässigen oder unbegründeten Versagungsantrags	1087
	3. Fall des zulässigen und begründeten Versagungsantrags	1087
	4. Rechtsbehelfe	1087
VIII.	Tatsächlicher Ausgleich durch Leistung aus dem Mittelfonds und Mittelausgleichsklage (Abs. 3 Satz 2)	1087
	1. Entfrachtung des Restrukturierungsverfahrens	1087
	2. Rechtsgrundlage und Voraussetzungen des Zahlungsanspruchs	1088
	3. Gerichtliche Geltendmachung	1089
§ 65	Bekanntgabe der Entscheidung	1090
	I. Normzweck und europarechtlicher Hintergrund	1090
	II. Folgen der Verkündung der Entscheidung	1091
	III. Verkündung im Termin (Abs. 1)	1093
	1. Verkündung im Erörterungs- und Abstimmungstermin	1093
	2. Verkündung im Anhörungstermin	1094
	3. Verkündung in einem gesonderten Verkündungstermin	1094
IV.	Entscheidung über den Antrag auf gerichtliche Planbestätigung	1095
	1. Entscheidungsform und Begründungserfordernis	1095
	2. Tenor und Rechtsbehelfsbelehrung	1096
	3. Zustellung und öffentliche Bekanntmachung	1096
V.	Zusendung von Unterlagen im Fall der Planbestätigung (Abs. 2)	1098
	1. Grundsatz	1098
	2. Besonderheiten bei unveränderter Annahme des Restrukturierungsplans	1101
	3. Besonderheiten bei Börsennotierung des Schuldners	1101
§ 66	Sofortige Beschwerde	1102
	I. Normzweck	1104
	II. Europarechtlicher Hintergrund	1105
	1. Keine Vorgabe über das „Ob“ des Rechtsschutzes gegen eine Entscheidung des Restrukturierungsgerichts	1105
	2. Vorgaben zum „Wie“ des Rechtsschutzes gegen eine Entscheidung des Restrukturierungsgerichts	1107
III.	Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde und Beschwerdebefugnis (Abs. 1)	1110
	1. Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	1110
	2. Beschwerdebefugnis	1111
IV.	Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen (ohne Beschwer)	1113
	1. Frist	1113
	2. Beschwerdegericht	1113
	3. Form	1113
V.	Voraussetzung einer Beschwer in restrukturierungsrechtlich-spezifischer Ausprägung (Abs. 2)	1114
	1. Formelle Beschwer	1114
	2. Materielle Beschwer (wesentliche Schlechterstellung ohne Nachteilsausgleich)	1118
VI.	Begründetheit der sofortigen Beschwerde	1121

Inhaltsverzeichnis

1. Vollumfängliche Überprüfung der Entscheidung des Restrukturierungsgerichts	1121
2. Maßgeblichkeit des Amtsermittlungsgrundsatzes	1122
VII. Entscheidung über die sofortige Beschwerde	1123
1. Abhilfe durch das Restrukturierungsgericht	1123
2. Entscheidung des Beschwerdegerichts	1123
VIII. Anordnung der aufschiebenden Wirkung (Abs. 4)	1125
1. Umsetzung der Restrukturierungsrichtlinie	1125
2. Restriktive Auslegung	1126
3. Voraussetzungen der Anordnung der aufschiebenden Wirkung	1127
4. Anordnung bzw. Nichtanordnung der aufschiebenden Wirkung	1128
5. Stattgabe der Beschwerde (ohne vorherige Anordnung der aufschiebenden Wirkung)	1129
IX. Verkürztes Beschwerdeverfahren (Abs. 5)	1131
1. Sinn und Zweck eines verkürzten Beschwerdeverfahrens im Restrukturierungsrecht	1132
2. Antrag	1133
3. Unmittelbare Rechtsfolge der Antragstellung	1135
4. Vorrang der alsbaldigen Rechtskraft der Planbestätigung	1136
5. Entscheidung des Beschwerdegerichts	1141
6. Schadensersatz (Abs. 5 Satz 3)	1144

Unterabschnitt 2. Wirkungen des bestätigten Plans; Überwachung der Planerfüllung

§ 67 Wirkungen des Restrukturierungsplans	1147
I. Normzweck	1148
II. Zeitpunkt des Eintritts der Planwirkungen	1149
1. Materielle Planwirkungen (Abs. 1)	1149
2. Heilungswirkung (Abs. 6)	1150
III. Reichweite der Planwirkungen	1151
1. Sachliche Reichweite	1151
2. Subjektive Reichweite	1151
IV. Inhalt der Planwirkungen	1153
1. Bestehenbleibende Rechte	1154
2. Erloschene Rechte	1154
3. Drittsicherheiten (Abs. 2 und 3)	1155
V. Über den Plan hinausgehende Befriedigung (Abs. 4)	1160
1. Befriedigung bis zur Höhe der Restrukturierungsforderung	1160
2. Übererfüllung der ursprünglichen Restrukturierungsforderung	1160
3. Aufhebung der Restrukturierungssache wegen einer vorzeitigen Übererfüllung und Folgeinsolvenz	1161
VI. Keine Differenzhaftung bei Umwandlung von Restrukturierungsforderungen in Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte (Abs. 5)	1161
1. Gesellschaftsrechtliche Differenzhaftung bei Forderungsumwandlungen in Eigenkapital	1161
2. Besonderheiten bei Forderungsumwandlungen durch Restrukturierungsplan	1161
3. Reichweite des Haftungsausschlusses in Abs. 5	1162
§ 68 Sonstige Wirkungen des Restrukturierungsplans	1162
I. Normzweck	1163
II. Die subjektive Reichweite der Form- und Abgabefiktion	1163
III. Die objektive Reichweite der Form- und Abgabefiktion	1164
1. Dingliche Rechtsänderungen	1164
2. Rechtsänderungen bei Anteils- und Mitgliedschaftsrechten	1165
3. Sonstige Beschlüsse und Willenserklärungen	1166
4. Verpflichtungserklärungen, Abs. 3	1166
5. Aufnahme in den Restrukturierungsplan	1168
6. Keine Zugangsfiktion	1168
7. Keine Ermächtigung des Restrukturierungsbeauftragten zu Registeranmeldungen	1169
IV. Prüfungskompetenz des Registergerichts	1169
§ 69 Wiederaufleben gestundeter oder erlassener Forderungen	1170
I. Normzweck	1171
II. Wiederaufleben nach Abs. 1	1172
1. Anwendungsbereich	1172
2. Erheblich in Rückstand geratener Schuldner	1173
3. Rechtsfolge	1175
III. Wiederaufleben nach Abs. 2	1176
1. Grundidee	1176
2. Eröffnung des Insolvenzverfahrens vor Planerfüllung	1177

3. Rechtsfolgen	1178
IV. Abweichende Plangestaltungen, Abs. 3	1179
1. Abweichung von Abs. 1	1179
2. Abweichung von Abs. 2	1179
§ 70 Streitige Forderungen und Ausfallforderungen	1179
I. Normzweck	1180
II. Planwirkung auf streitige Restrukturierungsforderungen, Abs. 1	1181
1. Streitige Restrukturierungsforderung	1181
2. Spätere Feststellung	1182
3. Relevanz einer abweichenden Feststellung	1182
III. Vorläufige Zahlungen des Schuldners bei Ungewissheit, Abs. 2	1184
1. Ungewissheit	1184
2. Gerichtliche Feststellung der vorläufigen Höhe	1184
3. Vorläufige Zahlungen und der Rückstand gemäß § 69 Abs. 1	1186
IV. Rechtslage nach endgültiger Feststellung	1186
1. Nachzahlungspflicht des Schuldners bei Minderleistung (Abs. 3)	1186
2. Rückzahlungsanspruch des Schuldners bei Mehrleistung (Abs. 4)	1187
§ 71 Vollstreckung aus dem Restrukturierungsplan	1187
I. Normzweck	1188
II. Vollstreckung gegen den Schuldner, Abs. 1	1189
1. Vollstreckungsschuldner	1189
2. Vollstreckungsgläubiger	1189
3. Vollstreckungsvoraussetzungen nach Abs. 1 Satz 1	1190
4. Vollstreckungstitel	1191
5. Klauselverfahren	1194
6. Vollstreckungsverfahren	1196
III. Vollstreckung gegen Dritte, Abs. 2	1197
1. Voraussetzungen	1198
2. Vollstreckung gegen den Plangaranten	1199
3. Erfüllung durch den Plangaranten	1200
IV. Erweiterung der Vollstreckung bei Wiederaufleben, Abs. 3	1201
1. Besonderheiten im Klauselverfahren	1201
2. Vollstreckungsklausel	1202
3. Rechtsbehelfe im Klauselverfahren	1202
4. Vollstreckung	1202
V. Zahlungsklage trotz Vollstreckungsmöglichkeit aus dem Plan	1203
VI. Titulierung bei fehlender Vollstreckungsmöglichkeit aus dem Plan	1203
§ 72 Planüberwachung	1203
I. Normzweck	1204
II. Dispositivität	1205
1. Notwendigkeit der Anordnung im gestaltenden Teil	1205
2. Aufsicht über die Planerfüllung ohne Anordnung nach Abs. 1	1205
III. Gegenstand der Planüberwachung	1206
IV. Überwachung durch einen Restrukturierungsbeauftragten, Abs. 2	1206
1. Auswahl und Bestellung	1206
2. Kosten	1207
3. Keine Beteiligung eines Gläubigerbeirats	1207
V. Inhalt der Überwachung	1207
1. Aufsicht	1207
2. Berichtspflicht	1208
3. Anzeigepflicht, Abs. 3	1208
4. Reaktionsmöglichkeiten	1209
5. Haftung bei Pflichtverletzung	1209
VI. Aufhebung der Überwachung, Abs. 4	1209
1. Wegfall des Überwachungsbedarfs (Nr. 1)	1209
2. Zeitablauf (Nr. 2)	1210
3. Insolvenzeröffnungsentscheidung (Nr. 3)	1210

Kapitel 3. Restrukturierungsbeauftragter

Abschnitt 1. Bestellung von Amts wegen

§ 73 Bestellung von Amts wegen	1211
I. Normzweck	1212
II. Umsetzung der Richtlinie	1214
III. Die notwendige Bestellung	1214
1. Obligatorische Bestellung (Abs. 1)	1214
2. Bestellung bei erwartbarem Cross-Class Cram-Down (Abs. 2)	1217

Inhaltsverzeichnis

3. Der Restrukturierungsbeauftragte als Sachverständiger (Abs. 3) 1218

§ 74 Bestellung 1220

 I. Normzweck 1221

 II. Umsetzung der Richtlinie 1222

 III. Bestellung des Restrukturierungsbeauftragten 1223

 1. Persönliche Voraussetzungen (Abs. 1) 1223

 2. Vorschlagsrechte (Abs. 2) 1226

 3. Bestellung eines weiteren (Sonder-) Restrukturierungsbeauftragten (Abs. 3) 1232

 4. Rechtsmittel 1234

§ 75 Rechtsstellung 1234

 I. Normzweck 1235

 II. Umsetzung der Richtlinie 1235

 III. Rechtsstellung des (notwendigen) Restrukturierungsbeauftragten 1236

 1. Gerichtliche Beaufsichtigung des Restrukturierungsbeauftragten (Abs. 1 S. 1) 1236

 2. Entlassung des Restrukturierungsbeauftragten (Abs. 2) 1240

 3. Rechtsmittel (Abs. 3) 1243

 4. Haftung des notwendigen Restrukturierungsbeauftragten (Abs. 4) 1244

§ 76 Aufgaben 1246

 I. Normzweck 1248

 II. Umsetzung der Richtlinie 1249

 III. Aufgaben des notwendigen Restrukturierungsbeauftragten 1250

 1. Mitteilungspflicht (Abs. 1) 1250

 2. Weitere Aufgaben (Abs. 2) 1251

 3. Stabilisierungsanordnung (Abs. 3) 1255

 4. Bericht zur Erklärung nach § 14 StaRUG (Abs. 4) 1257

 5. Auskunft- und Mitwirkungspflichten des Schuldners (Abs. 5) 1258

 6. Zustellungen (Abs. 6) 1259

Abschnitt 2. Bestellung auf Antrag

§ 77 Antrag 1260

 I. Normzweck 1260

 II. Umsetzung der Richtlinie 1262

 III. Die fakultative Bestellung 1264

 1. Antragsbefugnis (Abs. 1) 1264

 2. Erweiterung des Aufgabenumfanges (Abs. 2) 1264

§ 78 Bestellung und Rechtsstellung 1265

 I. Normzweck 1265

 II. Umsetzung der Richtlinie 1266

 III. Bestellung des fakultativen Restrukturierungsbeauftragten 1267

 1. Persönliche Eignung des Beauftragten (Abs. 1) 1267

 2. Auswahl des Beauftragten (Abs. 2) 1268

 3. Rechtsstellung des Beauftragten (Abs. 3) 1271

§ 79 Aufgaben 1271

 I. Normzweck 1272

 II. Umsetzung der Richtlinie 1273

 III. Aufgaben des fakultativen Restrukturierungsbeauftragten 1273

 1. Unterstützung und Vermittlung 1273

 2. Auskunft- und Berichtspflicht 1274

 3. Überwachung und Prüfung 1275

Abschnitt 3. Vergütung

Vorbemerkungen zu §§ 80–83 1275

 I. Die gesetzliche Vergütung des Restrukturierungsbeauftragten 1276

 1. Notwendigkeit einer Regelung 1276

 2. Vergütungsmodelle 1276

 3. Die Vergütungsstruktur des StaRUG 1279

 4. Die Vorgaben der Richtlinie (EU) 2019/1023 1280

 5. Verfassungsmäßigkeit der Vergütungshöhe 1281

 II. Anwendbarkeit von Rechtsprechung und Literatur zum insolvenzrechtlichen Vergütungsrecht und zum JVEG 1282

§ 80 Vergütungsanspruch 1283

 A. Grundlagen 1283

 I. Normzweck 1283

 1. Vergütungsanspruch (Satz 1) 1283

 2. Vergütungsvereinbarungen (Satz 2) 1284

 II. Entstehungsgeschichte 1284

III. Anwendungsbereich	1285
B. Der Vergütungsanspruch (Satz 1)	1285
1. Inhalt	1285
2. Entstehung	1285
3. Schuldner	1287
4. Fälligkeit	1287
5. Verjährung und Ausschlussfrist	1288
6. Vorschussanspruch	1289
7. Höhe des Honorars	1289
8. Auslagen und Umsatzsteuer	1290
C. Vergütungsvereinbarungen (Satz 2)	1290
I. Grundsätzliche Unwirksamkeit	1290
II. Zulässiger Inhalt von Vergütungsvereinbarungen	1291
§ 81 Regelvergütung	1292
A. Grundlagen	1293
I. Normzweck und Regelungsgehalt	1293
II. Entstehungsgeschichte	1295
III. Anwendungsbereich	1295
B. Das Regelhonorar	1296
1. Anspruchsberechtigter	1296
2. Höchstpersönlichkeit des Amtes	1296
3. Vergütungspflichtige Tätigkeiten	1298
4. Stundensätze	1299
5. Vorabfestsetzungsverfahren	1301
C. Kostenvorschuss (Abs. 5)	1304
I. Pflicht zur Vorschusszahlung	1304
II. Bestellung eines fakultativen Beauftragten	1305
III. Bestellung eines Beauftragten von Amts wegen	1305
D. Budgeterhöhung (Abs. 6)	1306
I. Das gerichtliche Anpassungsverfahren	1306
1. Erhöhungstatbestand	1306
2. Darlegung gegenüber dem Restrukturierungsgericht	1307
3. Rechtliches Gehör	1309
4. Entscheidung des Restrukturierungsgerichts	1309
II. Vorschusspflicht	1310
E. Auslagenerstattung (Abs. 7)	1310
I. Verweis auf das JVEG	1310
II. Einzelne Auslagen	1311
1. Fahrtkostenersatz (§ 5 JVEG)	1311
2. Entschädigung für Aufwand (§ 6 JVEG)	1313
3. Ersatz für sonstige Aufwendungen (§ 7 JVEG)	1314
4. Umsatzsteuer (§ 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG)	1315
5. Erstattung für übertragene Zustellungen	1315
6. Kosten einer Haftpflichtversicherung	1316
§ 82 Festsetzung der Vergütung	1317
A. Grundlagen	1318
I. Normzweck und Regelungsgehalt	1318
II. Entstehungsgeschichte	1319
III. Anwendungsbereich	1319
B. Vergütungsfestsetzung durch das Restrukturierungsgericht (Abs. 1)	1320
I. Verfahrensfragen	1320
1. Zuständigkeit	1320
2. Antrag	1320
3. Rechtliches Gehör	1321
4. Einwendungen	1323
II. Festsetzung	1324
1. Beschluss	1324
2. Höhe des Honorars	1325
3. Auslagen und Umsatzsteuer	1327
C. Kostengrundentscheidung (Abs. 2)	1327
I. Kostenlast- und Vergütungsfestsetzungsbeschluss	1327
II. Auslagenschuldner	1328
1. Kostenlast des Schuldners	1328
2. Kostenlast der antragstellenden Gläubiger	1328
D. Rechtsmittel (Abs. 3)	1329
I. Rechtsschutzmöglichkeiten	1329

Inhaltsverzeichnis

1. Sofortige Beschwerde	1329
2. Rechtsbeschwerde	1331
3. Anhörungsrüge, Gegenvorstellung	1331
II. Rechtskraft	1332
E. Vorschussanspruch (Abs. 4)	1332
I. Regelungsstruktur	1332
II. Antragserfordernis	1332
III. Inhalt und Voraussetzungen des Anspruchs	1334
1. Schuldner	1334
2. Auslagen (Alt. 1)	1334
3. Vergütung (Alt. 2)	1335
4. Keine unbenannten Fälle	1335
5. Keine Vorschussdeckung	1336
6. Darlegungs- und Glaubhaftmachungslast	1336
IV. Höhe des Vorschusses	1337
V. Entscheidung des Gerichts	1337
VI. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	1338
§ 83 Vergütung in besonderen Fällen	1339
A. Grundlagen	1340
I. Normzweck und Regelungsgehalt	1340
II. Entstehungsgeschichte	1341
III. Anwendungsbereich	1341
B. Festsetzung durch das Gericht (Abs. 1)	1341
I. Ausnahmetatbestand	1341
II. Überschreitung der Höchstbeträge	1342
1. Systematik der Regelung	1342
2. Regelbeispiele	1342
3. Unbenannte Fälle	1345
III. Vergütung nach anderen Grundsätzen	1345
1. Systematik der Regelung	1345
2. Vergütungsstruktur	1346
3. Bemessungsgrundlage	1346
IV. Entscheidung durch das Gericht	1348
1. Verfahren	1348
2. Rechtsmittel	1349
C. Vergütungsvereinbarung (Abs. 2)	1349
I. Wirksamkeit	1349
II. Voraussetzungen	1350
1. Bestellung auf Antrag oder Vorschlag	1350
2. Vorlage einer Vereinbarung	1352
3. Keine unangemessene Vergütung	1353
III. Entscheidung durch das Gericht	1354
1. Verfahren	1354
2. Rechtsmittel	1356
IV. Rechtsfolge	1357
 Kapitel 4. Öffentliche Restrukturierungssache	
§ 84 Antrag und erste Entscheidung	1360
I. Normzweck	1362
II. Der Antrag auf öffentliche Bekanntmachungen, Abs. 1	1363
1. Antrag des Schuldners, Abs. 1 Satz 1	1363
2. Wahlrecht und Ausübungszeitraum, Abs. 1 Satz 2	1364
III. Erste Entscheidung als „Eröffnungsentscheidung“, Abs. 2	1365
1. Vorgaben des Art. 2 Nr. 7 EuInsVO	1365
2. Vorgaben der Art. 3–5 EuInsVO	1366
3. Öffentliche Bekanntmachung der Eröffnung, Abs. 2 Satz 2	1366
IV. Die Anwendung der EuInsVO bei Bezug zu Verordnungsstaaten	1366
1. Präventive Restrukturierung und EuInsVO	1367
2. Export deutscher Restrukturierungsinstrumente in Verordnungsstaaten	1373
3. Import ausländischer Restrukturierungsinstrumente aus Verordnungsstaaten	1379
V. Die Anwendung der EuInsVO in Bezug zu Drittstaaten	1380
1. Der Export deutscher Restrukturierungsinstrumente in Drittstaaten	1380
2. Der Import von Restrukturierungsinstrumenten aus Drittstaaten	1383
VI. Grenzüberschreitende Sachverhalte in regulären, nicht-öffentlichen Restrukturierungssachen	1384
1. Keine (analoge) Anwendung der EuInsVO	1385

2. EuGVVO (Brüssel Ia-VO)	1385
3. Jenseits der EuGVVO: Restrukturierungssachen in Bezug zu Drittstaaten	1406
4. Zusammenfassung – Reguläre Restrukturierungssachen mit Auslandsbezug	1409
VII. Notwendigkeit der Entwicklung eines passenden, auf Rechtseingriffe fokussierten Rechtsrahmens	1410
VIII. Sanierungsmoderation mit Auslandsbezug	1411
1. Sanierungsmoderator	1411
2. Sanierungsvergleich	1412
3. Gerichtlich bestätigter Sanierungsvergleich	1412
§ 85 Besondere Bestimmungen	1413
I. Normzweck	1413
II. Veröffentlichungspflichtige Entscheidungen, Abs. 1	1414
1. Ort und Zeit gerichtlicher Termine, Nr. 1	1414
2. Bestellung und Abberufung eines Restrukturierungsbeauftragten, Nr. 2	1414
3. Sonstige Sachentscheidungen des Restrukturierungsgerichts, Nr. 3	1414
III. Entbehrlichkeit von Ladungen bei Publikumsgesellschaften, Abs. 2	1415
§ 86 Öffentliche Bekanntmachung; Verordnungsermächtigung	1416
I. Normzweck	1416
II. Öffentliche Bekanntmachung im Internet	1417
1. Art der Veröffentlichung	1417
2. Inhalt der Veröffentlichung	1417
3. Bekanntmachungsfiktion, Abs. 1 Satz 2	1418
4. Zustellungsnachweis, Abs. 3	1418
III. Der Umgang mit den veröffentlichten Daten (InsBekV), Abs. 2	1419
§ 87 Restrukturierungsforum; Verordnungsermächtigung	1420
I. Normzweck	1420
II. Anwendungsbereich	1421
III. Aufforderung zur Beteiligung	1422
1. Gegenstand der Aufforderung	1422
2. Berechtigung zur Aufforderung, Abs. 1	1423
3. Notwendige Angaben, Abs. 2	1424
4. Verlinkung mit dem Auffordernden	1424
IV. Stellungnahme des Schuldners, Abs. 4	1424
V. Verordnungsermächtigung, Abs. 5	1425
§ 88 Anwendbarkeit des Artikels 102c des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung	1425
I. Normzweck	1425
II. Entsprechend anwendbare Regelungen des Art. 102c EGInsO	1426
1. Örtliche Zuständigkeit des Restrukturierungsgerichts (Art. 102c §§ 1 und 6 EGInsO)	1426
2. Kompetenzkonflikte (Art. 102c §§ 2 und 3 EGInsO)	1427
3. Bestätigung von Restrukturierungsplänen in Sekundärverfahren (Art. 102c § 15 EGInsO)	1428
4. Rechtsbehelfe im Gruppen-Koordinationsverfahren (Art. 102c §§ 25, 26 EGInsO)	1429
III. Nicht anzuwenden Regelungen des Art. 102c EGInsO	1430

Kapitel 5. Anfechtungs- und Haftungsrecht

§ 89 Rechtshandlungen, die während der Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache vorgenommen werden	1431
I. Normzweck und europarechtlicher Hintergrund der Vorschriften des 5. Kapitels	1432
1. Europarechtlicher Hintergrund	1433
2. Ansatz des deutschen Gesetzgebers	1435
II. Normzweck und Systematik des § 89 StaRUG	1437
III. Die Regelungen des § 89 StaRUG im Einzelnen	1438
1. Anfechtungs- und Haftungsschutz nach § 89 Abs. 1 StaRUG	1438
2. Anfechtungs- und Haftungsschutz nach § 89 Abs. 2 StaRUG	1448
3. Haftungsschutz nach § 89 Abs. 3 StaRUG	1453
§ 90[1] Planfolgen und Planvollzug	1456
I. Normzweck und Systematik des § 90 StaRUG	1457
1. Normzweck	1457
2. Systematik	1458
II. Anwendungsbereich	1459
III. Die Regelungen des § 90 StaRUG im Einzelnen	1459
1. § 90 Abs. 1 StaRUG	1459
2. § 90 Abs. 2 StaRUG	1464
§ 91 Berechnung von Fristen	1468
I. Normzweck	1468

II.	Die Regelung im Einzelnen	1469
Kapitel 6. Arbeitnehmerbeteiligung; Gläubigerbeirat		
§ 92	Beteiligungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz	1471
I.	Normzweck	1471
II.	Relevante Verpflichtungen nach dem BetrVG	1472
1.	Betriebsänderungen nach § 111 BetrVG	1472
2.	Kündigungen	1473
3.	Wirtschaftsausschuss	1473
4.	Arbeitnehmerbeteiligung in kleinen Unternehmen	1473
III.	Relevante Verpflichtungen jenseits des BetrVG	1474
1.	Richtlinienkonforme Auslegung	1474
2.	Restrukturierungsrelevante Informations- und Beteiligungsrechte	1475
IV.	Folgen eines Pflichtverstoßes für die Restrukturierung	1476
1.	Für die Umsetzungshandlung	1476
2.	Für den Restrukturierungsplan	1476
§ 93	Gläubigerbeirat	1476
I.	Normzweck	1477
II.	Voraussetzung der Einsetzung	1478
1.	Quasi-kollektive Restrukturierungssache	1478
2.	Ermessensentscheidung des Restrukturierungsgerichts	1480
III.	Zusammensetzung	1480
1.	Zu berücksichtigende Personengruppen	1480
2.	Auswahlentscheidung des Gerichts	1481
IV.	Aufgaben	1481
1.	Verbindlicher Vorschlag des Restrukturierungsbeauftragten, Abs. 2	1481
2.	Unterstützung und Überwachung der Geschäftsleitung des Schuldners, Abs. 3	1482
V.	Rechtsstellung	1483
1.	Beginn und Ende der Amtsstellung	1483
2.	Pflichten und Haftung	1484
3.	Vergütung, Abs. 4	1484
Teil 3. Sanierungsmoderation		
Vorbemerkung zu § 94 StaRUG		1487
I.	Gesetzgebung	1487
1.	Europarechtliche Einbindung	1487
2.	Deutsche Gesetzgebung	1488
II.	Verfahrenszweck und Überblick	1489
1.	Gesetzeszweck	1489
2.	Verfahrenszwecke	1490
3.	Adressaten	1490
4.	Vorbild	1491
III.	Wesentliche Verfahrenselemente	1491
1.	Ohne Schuldnerantrag kein Verfahren	1491
2.	Konsensprinzip	1491
3.	Teilkollektivität und Gleichbehandlung	1492
4.	Nicht-Öffentlichkeit	1492
5.	Schutz Beteiligter und Unbeteiligter	1492
6.	Verhältnis zum Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen	1493
7.	Verhältnis zum Insolvenzverfahren	1494
8.	Internationaler Kontext	1495
§ 94	Antrag	1495
A.	Normzweck und Überblick	1497
B.	Ablauf der Sanierungsmoderation	1497
C.	Verfahrensgrundsätze	1498
D.	Bestellung des Sanierungsmoderators	1500
I.	Antragsgrundsatz	1500
II.	Zulässigkeit des Antrags auf Bestellung des Sanierungsmoderators	1500
1.	Zuständigkeit (Abs. 3)	1500
2.	Restrukturierungsfähiger Schuldner	1501
3.	Antragsschrift	1503
4.	Weitere Eingangsschwellen	1507
III.	Begründetheit des Antrags (Abs. 2)	1509
1.	Entscheidungsgrundlage	1509
2.	Schwierigkeiten wirtschaftlicher oder finanzieller Art	1510
3.	Keine offensichtliche Insolvenzreife	1511

IV.	Bestellungsentscheidung	1513
1.	Allgemeines	1513
2.	Auswahl der Person	1514
V.	Antragsabweisung	1518
E.	Haftung	1518
I.	Haftung des Sanierungsberaters	1518
1.	Problematik	1518
2.	Ansatz des StaRUG und Analogie	1518
3.	Weitere Haftungsgrundlagen	1519
II.	Haftung der Geschäftsleiter	1520
III.	Haftung des Gerichts	1520
§ 95	Bestellung	1521
I.	Normzweck	1521
II.	Entstehungsgeschichte	1523
III.	Dauer der Moderation	1523
1.	Erstbestellung	1523
2.	Zustimmungsverlängerung	1528
3.	Bestätigungsverlängerung	1532
4.	Sonstiges	1533
IV.	Öffentlichkeit	1534
§ 96	Sanierungsmoderation	1535
A.	Überblick und Normzweck	1536
B.	Verfahrenszweck	1537
I.	Verfahrensziel	1537
II.	Mittel zur Erreichung	1541
C.	Beitrag des Schuldners (Abs. 2)	1542
I.	Antragstellung	1542
II.	Auskunftserteilung an den Moderator	1542
III.	Zusammenwirken mit dem Moderator	1544
1.	Kick-off	1544
2.	Zielentwicklung	1545
3.	Unterstützung bei Vermittlung	1545
IV.	Sanierungsvergleich	1546
V.	Unternehmensleitung und Verantwortung	1546
D.	Der Sanierungsmoderator	1547
I.	Rechtsstellung	1547
II.	Vermittlung (Abs. 1)	1548
1.	Vermittlung als Aufgabe	1548
2.	Ziele	1549
3.	Wege	1549
4.	Konfliktmanagement	1550
5.	Persönliche Anforderung	1550
III.	Berichtspflicht (Abs. 3)	1551
1.	Zweck	1551
2.	Gegenstand	1551
3.	Gliederung	1553
4.	Spannungsfeld Akteneinsicht	1553
5.	Zeitpunkt	1554
6.	Form	1555
7.	Fehlerkonsequenzen	1555
IV.	Anzeigespflicht (Abs. 4)	1555
1.	Gegenstand der Anzeigespflicht	1555
2.	Auslöser für die Anzeigespflicht	1555
3.	Entscheidungsgrundlage	1556
4.	Zeitpunkt und Inhalt der Anzeige	1557
5.	Rücknahme der Anzeige	1557
V.	Weitere Aufgaben und Pflichten des Sanierungsmoderators	1558
1.	Aufgaben	1558
2.	Pflichten	1558
E.	Gerichtliche Aufsicht (Abs. 5)	1559
I.	Aufsicht	1559
II.	Entlassungsentscheidung	1560
1.	Entlassung	1560
2.	Rechtliches Gehör und Verfahren	1562
§ 97	Bestätigung eines Sanierungsvergleichs	1563
A.	Normzweck	1564

Inhaltsverzeichnis

B. Sanierungsvergleich	1565
I. Vergleichsgegenstand	1565
II. Parteien/Beteiligte	1566
III. Zustandekommen, Rechtsnatur	1566
1. Rechtsnatur	1566
2. Zustandekommen	1567
IV. Sonstiges	1568
1. Nicht vereinbarte Planbestätigung und prepackaged Moderation	1568
2. Fehlerfolgen	1569
3. Reichweite	1569
4. Sanierungsgewinn	1570
C. Stellungnahme des Sanierungsmoderators (Abs. 2)	1570
I. Form und Zeitpunkt	1570
II. Inhalt	1570
III. Gliederung	1572
D. Gerichtliche Entscheidung (Abs. 1)	1572
I. Antrag	1572
II. Prüfungskonzept	1574
1. Prüfungsziel und Nachforschung	1574
2. Prüfungszweck	1575
3. Prüfungsprogramm	1575
III. Sanierungsmoderator als Bestätigungsvoraussetzung	1581
IV. Bestätigungsentscheidung	1582
1. Zwingende Versagung und Ermessen	1582
2. Verfahren	1584
3. Form	1585
4. Inhalt	1585
5. Bekanntgabe	1585
6. Rechtsmittel und Fehler	1585
E. Rechtsfolge (Abs. 3): Schutz vor Anfechtung	1586
I. Gegenstand des Schutzes vor Anfechtung	1586
II. Wirkungen der Entscheidung	1587
III. Kritik	1589
IV. Auslandssachverhalte	1589
§ 98 Vergütung	1590
I. Normzweck und Überblick	1590
II. Allgemeines und Grundsatz	1592
III. Zeithonorar	1593
1. Gegenstand der Vergütung	1593
2. Höhe des Stundensatzes	1594
IV. Besondere Fälle und Vereinbarung	1597
1. Besondere Fälle	1597
2. Vergütungsvereinbarung	1598
V. Auslagen des Moderators	1599
VI. Schuldner der Vergütung	1599
VII. Budgetierung und Festsetzung	1599
1. Budget	1600
2. Festsetzung der Stundensätze	1601
3. Budgetanpassung	1601
4. Festsetzung der Vergütung	1602
VIII. Vorschusszahlungen	1603
1. Vorschuss an das Gericht	1603
2. Vorschuss an den Sanierungsmoderator	1604
§ 99 Abberufung des Sanierungsmoderators	1605
I. Normzweck und Überblick	1606
II. Abberufung des Sanierungsmoderators (Abs. 1)	1606
1. Abberufung auf Antrag	1606
2. Abberufung wegen Anzeige der Insolvenzreife	1607
3. Abberufungsentscheidung und Bekanntgabe	1609
4. Sonstiges Amtsende	1609
5. Wirksamkeit und Rechtsfolgen	1609
III. Neubestellung (Abs. 2)	1610
1. Anwendungsbereich	1610
2. Antrag	1610
3. Zeitlicher Ablauf	1611
4. Inhaltliche Anforderungen und Umsetzung	1611

IV.	Rechtsmittel	1612
V.	Sonstiges	1613
§ 100	Übergang in den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen	1613
I.	Normzweck	1613
II.	Übergangsmoderator (Abs. 1)	1614
	1. Anwendungsvoraussetzung	1614
	2. Rechtsfolge Amtsende	1615
	3. Aufgaben bis zum Amtsende	1616
III.	Bestellung des Sanierungsmoderators zum Restrukturierungsbeauftragten (Abs. 2)	1616
IV.	Bestellung des Sanierungsmoderators zum Insolvenzverwalter	1617
V.	Rechtsmittel	1617
VI.	Sonstiges	1617
	1. Überlappungen und Strategisches	1617
	2. Weitere Auswirkungen	1619

Teil 4. Frühwarnsysteme

§ 101	Informationen zu Frühwarnsystemen	1621
I.	Regelungskontext und Normzweck	1621
II.	Frühwarnsysteme im deutschen Recht	1621
	1. Überblick	1621
	2. Beratungsangebote [Art. 3 Abs. 2 lit. b) Restrukturierungs-RL]	1622
	3. Anreize zur Unterrichtung des Schuldners [Art. 3 Abs. 2 lit. c) Restrukturierungs-RL]	1622
	4. Benachrichtigung des Schuldners bei nicht getätigten Zahlungen [Art. 3 Abs. 2 lit. a) Restrukturierungs-RL]	1622
§ 102	Hinweis- und Warnpflichten	1622
I.	Regelungskontext und europarechtlicher Hintergrund	1623
II.	Regelungskontext	1624
III.	Inhalt der Neuregelung	1625
	1. Normadressaten	1625
	2. Erstellung des Jahresabschlusses	1625
	3. Insolvenzgründe	1625
	4. Offenkundige Anhaltspunkte	1626
	5. Kein Bewusstsein der Insolvenzreife	1626
	6. Inhalt des geschuldeten Hinweises	1626
IV.	Haftungsfolgen	1626
	1. Vertragsrechtliche Haftung	1626
	2. Kein Schutzgesetz	1627

Anhang: Änderungen durch das SanInsFoG (InsO, InsVV und COVInsAG)

I. Änderungen der Insolvenzordnung

§ 3 InsO	Örtliche Zuständigkeit	1629
§ 3a InsO	Gruppen-Gerichtsstand	1629
§ 4 InsO	Anwendbarkeit der Zivilprozeßordnung	1629
§ 5 InsO	Verfahrensgrundsätze	1630
	I. Pflicht zur Vorhaltung von Gläubigerinformationssystemen	1630
	II. Zugangsberechtigung	1630
§ 15a InsO	Antragspflicht bei juristischen Personen und Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	1631
§ 15b InsO	Zahlungen bei Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung; Verjährung	1632
	I. Einführung	1635
	II. Zahlungsverbot (Abs. 1 Satz 1)	1635
	1. Erfasste Gesellschaften	1635
	2. Verbotsadressaten	1635
	3. Zahlungsbegriff	1638
III.	Sorgfaltsgemäßheit und Sorgfaltswidrigkeit von Zahlungen	1638
	1. Überblick	1638
	2. Haftungsverstärkung bei Zahlungen während der Insolvenzverschleppung (Abs. 3)	1639
	3. Zahlungen während der Antragsfrist (Abs. 2 Satz 1 und 2)	1643
	4. Zahlungen im Insolvenzeröffnungsverfahren (Abs. 2 Satz 3)	1650
	5. Zahlungen während eines Restrukturierungsverfahrens nach StaRUG	1650
IV.	Haftungsumfang (Abs. 4 Satz 1 und 2)	1651
	1. Überblick	1651
	2. Der „Schaden der Gläubigerschaft“ (Abs. 4 Satz 2)	1652
	3. Anforderungen an die Darlegung der Schadenshöhe	1660
	4. Hypothetische Kausalität und rechtmäßiges Alternativverhalten	1662

Inhaltsverzeichnis

5. Bewertungszeitpunkt bei Massezuflüssen	1663
V. Unerheblichkeit von Beschlüssen der Organe der Gesellschaft, Verzichts- und Vergleichs- verbot (Abs. 4 Satz 3)	1663
VI. Haftung für Insolvenzauslösende Zahlungen an Gesellschafter (Abs. 5)	1664
VII. Anspruchsentstehung; Verjährung (Abs. 7)	1664
VIII. D&O-Versicherung	1665
IX. Verhältnis zu steuerlichen Pflichten (Abs. 8)	1665
1. Bisherige Rechtslage	1665
2. Änderungen durch § 15b Abs. 8 InsO	1666
X. Verhältnis zur Pflicht zur Abführung von Arbeitnehmerbeiträgen	1667
XI. Zeitlicher Geltungsbereich	1668
 Achter Teil. Eigenverwaltung	
Vorbemerkungen vor §§ 270–285 InsO	1668
A. Einleitung	1671
B. Die Entscheidung des Gesetzgebers der InsO für die Eigenverwaltung	1672
I. Der Verlauf der Diskussion im Gesetzgebungsverfahren	1672
II. Vorbilder	1675
1. Vergleichsordnung	1675
2. U.S.-amerikanisches Chapter 11-Verfahren	1675
3. Eigen-Zwangsverwaltung landwirtschaftlicher Grundstücke	1676
III. Gesetzgebungsverfahren	1676
C. Praktische Bedeutung der Eigenverwaltung vor den Änderungen durch das ESUG	1677
D. Stärkung der Eigenverwaltung durch das ESUG und Risiken für die Gläubigerschaft	1678
E. Präzisierung und Redimensionierung durch das SanInsFoG	1680
I. Europarechtlicher Hintergrund	1680
II. Reforminhalte	1682
F. Die systematische Stellung der Eigenverwaltung als besondere Verfahrensform	1683
G. Anwendungsbereich	1684
I. Unternehmensinsolvenz	1684
1. Natürliche Personen	1684
2. Personengesellschaften und juristische Personen	1685
3. Großunternehmen insbesondere	1685
4. Öffentliche Hand	1686
II. Konzerninsolvenz und Europäische Konzerninsolvenz	1686
III. Liquidations- und Reorganisationsverfahren	1687
IV. Keine Verbraucherinsolvenz	1687
V. Besondere Arten des Insolvenzverfahrens	1688
H. Struktur der Eigenverwaltung	1688
I. Anzuwendende Regelungen	1688
1. Allgemeine Regelungen der InsO	1688
2. Sonderregeln des Achten Teils der Insolvenzordnung	1688
3. Regelungen außerhalb des Achten Teils der InsO und außerhalb der InsO	1689
II. Antrag auf Eigenverwaltung	1690
1. Schuldnerantrag oder Schuldnerzustimmung	1690
2. Auswirkungen des Eigenverwaltungsantrags auf das Eröffnungsverfahren	1690
III. Anordnung der Eigenverwaltung	1692
1. Anordnung der Eigenverwaltung bei Verfahrenseröffnung	1692
2. Nachträgliche Anordnung der Eigenverwaltung	1693
IV. Aufhebung der angeordneten Eigenverwaltung	1693
1. Auf Antrag der Gläubigerversammlung	1693
2. Auf Antrag eines einzelnen Gläubigers	1693
3. Auf Antrag des Schuldners	1693
V. Wahrnehmung von Verwalteraufgaben durch den Schuldner	1693
VI. Sachwalter	1694
1. Bestellung	1694
2. Rechte und Pflichten	1694
3. Vorläufiger Sachwalter	1695
VII. Gläubigerorgane	1696
1. Gläubigerausschuss, vorläufiger Gläubigerausschuss	1696
2. Gläubigerversammlung	1697
I. Insolvenzplanverfahren in Eigenverwaltung	1698
J. Beendigung des Insolvenzverfahrens	1699
I. Aufhebung oder Einstellung des Insolvenzverfahrens	1699
II. Restschuldbefreiungsverfahren	1699
III. Überwachung der Planerfüllung bei Insolvenzplan in Eigenverwaltung	1699

K. Internationales Insolvenzrecht	1700
§ 270 InsO Grundsatz	1700
A. Normzweck	1702
B. Entstehungsgeschichte	1703
I. Reformvorschläge und Gesetzgebungsverfahren zur InsO	1703
II. Reform durch das ESUG	1704
III. Neuordnung durch das SanInsFoG	1706
C. Einzelerläuterung	1706
I. Die Grundstruktur der Eigenverwaltung	1706
1. Grundsatz	1706
2. Überblick über Rechte und Pflichten des Schuldners	1707
3. Überblick über die Rechtsstellung des Sachwalters	1707
4. Rechtsstellung des Schuldners	1708
II. Die Anordnung der Eigenverwaltung	1715
1. Zuständigkeit	1715
2. Beschlussinhalt, Begründungspflicht	1715
3. Reaktionsmöglichkeiten der Gläubiger	1716
III. Ablehnung der Anordnung der Eigenverwaltung	1716
1. Beschlussinhalt, Begründungspflicht	1716
2. Rechtsmittel des Schuldners	1717
IV. Vorbereitung der Entscheidung des Gerichts über die Anordnung der Eigenverwaltung	1718
1. Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	1718
2. Anhörung des vorläufigen Gläubigerausschusses	1719
3. Anhörung von Gläubigern	1720
V. Modifikation der allgemeinen Vorschriften in der Eigenverwaltung	1721
1. Trennung Insolvenzmasse/insolvenzfreies Vermögen	1721
2. Prozessuale Geltendmachung von Ansprüchen der Insolvenzmasse sowie Prozesse gegen die Insolvenzmasse	1722
D. Internationales	1725
I. Anwendung der §§ 270 ff.	1725
II. Anordnung der Eigenverwaltung	1725
§ 270a InsO Antrag; Eigenverwaltungsplanung	1726
A. Normzweck	1727
B. Entstehungsgeschichte	1729
C. Einzelerläuterung	1730
I. Antrag des Schuldners auf Eigenverwaltung	1730
1. Antragserfordernis	1730
2. Anwendungsbereich des § 270a	1730
3. Der Schuldnerantrag im Einzelnen	1731
4. Antrag auf Eigenverwaltung und Eröffnungsantrag	1733
II. Eigenverwaltungsplanung	1734
1. Formelle Anforderungen	1734
2. Inhalt	1735
III. Ergänzende Erklärungen	1743
1. Formelle Anforderungen	1743
2. Inhalt	1744
IV. Verstoßfolgen	1746
1. Erkannte Verstöße	1746
2. Nicht erkannte Verstöße	1747
D. Internationales	1747
I. Ausgangspunkt	1747
II. Eigenverwaltungsplanung	1747
III. Erklärungen zu nachteiligen Umständen	1747
§ 270b InsO Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung	1748
A. Normzweck	1750
B. Entstehungsgeschichte	1751
C. Einzelerläuterung	1751
I. Entscheidung über die vorläufige Eigenverwaltung	1751
1. Anordnungserfordernis	1751
2. Entscheidung von Amts wegen	1752
3. Zuständigkeit, Rechtsmittel	1752
II. Anordnungsvoraussetzungen	1752
1. Keine nachteiligen Umstände iSd § 270b Abs. 2	1752
2. Nachteilige Umstände iSd § 270b Abs. 2	1759
III. Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung	1765
1. Entscheidungszeitpunkt	1765

Inhaltsverzeichnis

2. Entscheidungsinhalt	1766
3. Auswahl des vorläufigen Sachwalters	1766
4. Öffentliche Bekanntmachung	1767
IV. Rechtsstellung des vorläufigen Sachwalters	1768
1. Rechte und Pflichten im Allgemeinen	1768
2. Stellung im Hinblick auf Rechtsgeschäfte des Schuldners	1772
V. Rechtsstellung des vorläufig eigenverwaltenden Schuldners	1774
1. Außenverhältnis	1774
2. Innenverhältnis	1775
VI. Keine Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung	1776
1. Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	1776
2. Rücknahme des Eröffnungsantrags	1776
3. Begründung	1777
D. Internationales	1778
I. Rechtsquellen	1778
II. Internationale Zuständigkeit	1778
III. Reichweite	1779
IV. Anwendbares Recht	1779
§ 270c InsO Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren	1779
A. Normzweck	1781
I. Informationszugang	1781
II. Vorläufige Maßnahmen	1782
III. Sicherung rechtzeitiger Antragsrücknahme	1784
B. Entstehungsgeschichte	1785
C. Einzelerläuterung	1785
I. Anforderung von Berichten beim vorläufigen Sachwalter	1785
1. Allgemeines	1785
2. Eigenverwaltungsplanung	1786
3. Rechnungslegung und Buchführung	1788
4. Haftungsansprüche	1789
II. Mitteilung von Änderungen	1790
1. Wesentliche Änderungen	1790
2. Inhalt, Form und Adressaten der Mitteilung	1791
3. Mitteilungspflicht	1792
III. Vorläufige Maßnahmen	1792
1. Beschränkung des Kreises vorläufiger Maßnahmen	1792
2. Begründung von Masseverbindlichkeiten	1795
IV. Vorwarnung und Gelegenheit zur Antragsrücknahme	1802
1. Eröffnungsantrag bei drohender Zahlungsunfähigkeit	1802
2. Antrag des Schuldners auf Eigenverwaltung	1805
3. Eigenverwaltung aus Sicht des Gerichts unmöglich	1805
4. Mitteilung der Bedenken	1806
5. Gelegenheit zur Rücknahme des Eröffnungsantrags	1807
6. Reaktion des Schuldners	1808
D. Internationales	1808
§ 270d InsO Vorbereitung einer Sanierung; Schutzschirm	1809
A. Normzweck	1811
I. Besonders schuldnerfreundliche Regelungen	1812
II. Zusätzliche Voraussetzungen	1812
III. Grenzen	1813
IV. Beschleunigung und Vereinfachung gerichtlicher Entscheidungen	1813
B. Entstehungsgeschichte	1814
I. Einführung der Grundidee durch das ESUG	1814
II. Reform durch das SanInsFoG	1815
C. Einzelerläuterung	1816
I. Voraussetzungen	1816
1. Eröffnungsantrag	1816
2. Antrag des Schuldners auf Eigenverwaltung	1817
3. Antrag des Schuldners auf Bestimmung einer Frist zur Vorlage eines Insolvenzplans ..	1818
4. Drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung	1819
5. Angestrebte Sanierung nicht offensichtlich aussichtslos	1821
6. Bescheinigung nach § 270d Abs. 1 S. 1	1824
II. Fristbestimmung durch das Gericht	1833
1. Beschluss	1833
2. Vorlage eines Insolvenzplans	1834
3. Dauer	1835

4. Abweisung des Antrags	1836
5. Rechtsmittel	1836
III. Schuldnerfreundliche Sonderregeln	1836
1. Bestellung des vorläufigen Sachwalters	1837
2. Vom Schuldner beantragte Untersagung oder einstweilige Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	1840
IV. Anzeige der Zahlungsunfähigkeit	1841
1. Allgemeines	1841
2. Eintritt der Zahlungsunfähigkeit	1842
3. Verpflichteter	1842
4. Unverzüglichkeit	1842
5. Anzeige	1842
6. Folgen einer Pflichtverletzung	1842
V. Aufhebung der Anordnung nach § 270d Abs. 1?	1842
1. Bisheriges Recht und offene Fragen	1842
2. Überlegungen zu den bisherigen Aufhebungsgründen	1843
3. Sonstige Aufhebungsmöglichkeit?	1844
VI. Fortgang des Verfahrens	1844
1. Allgemeines	1844
2. Zeitpunkt der Entscheidung über die Eröffnung	1845
3. Auswirkung auf im Rahmen des § 270d getroffene Anordnungen	1845
D. Internationales	1847
§ 270e InsO Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung	1847
A. Normzweck	1849
I. Grundentscheidung für die Aufhebbarkeit	1849
II. Voraussetzungen einer Aufhebung	1849
III. Person des vorläufigen Insolvenzverwalters	1851
IV. Verfahren	1851
B. Entstehungsgeschichte	1852
C. Einzelerläuterung	1852
I. Voraussetzungen für die vorzeitige Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung	1852
1. Allgemeines	1852
2. Aufhebung der Eigenverwaltung wegen Fehlverhaltens des Schuldners (§ 270e Abs. 1 Nr. 1)	1853
3. Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung wegen nicht fristgerechter Nachbesserung der Eigenverwaltungsplanung (§ 270e Abs. 1 Nr. 2)	1856
4. Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung wegen Unerreichbarkeit des Eigenverwaltungsziels (§ 270e Abs. 1 Nr. 3)	1856
5. Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung auf Antrag des Sachwalters oder des vorläufigen Gläubigerausschusses (§ 270e Abs. 1 Nr. 4)	1856
6. Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung auf Antrag des Schuldners (§ 270e Abs. 1 Nr. 5)	1858
7. Aufhebung der Eigenverwaltung auf Antrag eines einzelnen Gläubigers (§ 270e Abs. 2)	1859
II. Aufhebungsbeschluss des Insolvenzgerichts	1862
1. Zuständigkeit	1862
2. Gerichtliche Prüfung	1862
3. Entscheidung und Verfahren	1863
4. Öffentliche Bekanntmachung und Zustellungen	1865
5. Registermitteilungen	1865
6. Rechtsmittel	1866
7. Rechtskraft	1866
III. Rechtsfolgen des Wechsels von der Eigen- zur Fremdverwaltung	1866
1. Grundsätze	1866
2. Rechnungslegung	1867
3. Bindung des vorläufigen Insolvenzverwalters an Rechtshandlungen des Schuldners	1867
D. Internationales	1867
§ 270f InsO Anordnung der Eigenverwaltung	1867
A. Normzweck	1868
B. Entstehungsgeschichte	1869
I. Anordnungsvoraussetzungen	1869
II. Sachwalterbestellung, Forderungsanmeldung und Registereintragungen	1870
III. Entsprechende Geltung der Anordnungsvoraussetzungen der vorläufigen Eigenverwaltung	1871
C. Einzelerläuterung	1871
I. Anordnung auf Antrag des Schuldners	1871

Inhaltsverzeichnis

1. Antrag des Schuldners	1871
2. Zweifelsregelung zugunsten der Anordnung?	1871
II. Gründe für die Ablehnung der Anordnung	1872
1. Vorläufige Eigenverwaltung wäre nicht anzuordnen	1872
2. Vorläufige Eigenverwaltung wäre aufzuheben	1873
III. Folgen der Anordnung	1875
1. Bestellung eines Sachwalters	1875
2. Forderungsanmeldung	1876
3. Registereintragungen	1876
IV. Folgen der Ablehnung	1876
D. Internationales	1877
§ 271 InsO Nachträgliche Anordnung	1877
A. Normzweck	1878
I. Grundentscheidung für die nachträgliche Anordnung	1878
II. Voraussetzungen	1878
III. Person des Sachwalters	1879
B. Entstehungsgeschichte	1879
C. Einzelerläuterung	1880
I. Voraussetzungen für die nachträgliche Anordnung der Eigenverwaltung	1880
1. Bereitschaft des Schuldners zur Durchführung der Eigenverwaltung	1880
2. Beschluss der Gläubigerversammlung	1881
3. Antrag der Gläubigerversammlung an das Insolvenzgericht	1882
4. Angreifbarkeit des Beschlusses der Gläubigerversammlung	1882
II. Anordnung der Eigenverwaltung durch das Gericht	1884
1. Zuständigkeit	1884
2. Gerichtliche Prüfung und Verfahren	1884
3. Entscheidungsform und -inhalte	1884
4. Öffentliche Bekanntmachung	1886
5. Registerkorrekturen	1886
6. Bindung des Gerichts	1886
7. Rechtsmittel	1887
III. Rechtsfolgen des Wechsels von der Fremd- zur Eigenverwaltung	1888
D. Internationales	1888
§ 272 InsO Aufhebung der Anordnung	1888
A. Normzweck	1890
I. Grundentscheidung für die Aufhebbarkeit	1890
II. Voraussetzungen einer Aufhebung	1891
III. Person des Insolvenzverwalters	1892
B. Entstehungsgeschichte	1893
I. Altes Insolvenzrecht	1893
II. Erlass der InsO	1893
III. Reformen durch das ESUG	1893
IV. Reformen durch das SanInsFoG	1894
C. Einzelerläuterung	1895
I. Voraussetzungen für die vorzeitige Aufhebung der Eigenverwaltung	1895
1. Allgemeines	1895
2. Aufhebung der Eigenverwaltung wegen Fehlverhaltens des Schuldners (§ 272 Abs. 1 Nr. 1)	1895
3. Aufhebung der Eigenverwaltung wegen Unerreichbarkeit des Eigenverwaltungsziels (§ 272 Abs. 1 Nr. 2)	1898
4. Aufhebung der Eigenverwaltung auf Antrag der Gläubigerversammlung (§ 272 Abs. 1 Nr. 3)	1899
5. Aufhebung der Eigenverwaltung auf Antrag eines einzelnen Gläubigers (§ 272 Abs. 1 Nr. 4)	1902
6. Aufhebung der Eigenverwaltung auf Antrag des Schuldners (§ 272 Abs. 1 Nr. 5)	1909
II. Aufhebungsbeschluss des Insolvenzgerichts	1909
1. Zuständigkeit	1909
2. Gerichtliche Prüfung	1909
3. Entscheidungsform und -inhalte	1910
4. Öffentliche Bekanntmachung und Zustellung	1911
5. Registermitteilungen	1911
6. Rechtsmittel	1911
7. Rechtskraft	1912
III. Rechtsfolgen des Wechsels von der Eigen- zur Fremdverwaltung	1912
1. Grundsätze	1912
2. Rechnungslegung	1913

3. Bindung des Insolvenzverwalters an Rechtshandlungen des Schuldners	1913
D. Internationales	1913
§ 273 InsO Öffentliche Bekanntmachung	1913
A. Normzweck	1914
B. Entstehungsgeschichte	1914
C. Einzelerläuterung	1915
I. Bekanntmachung	1915
1. Zeitpunkt der Bekanntmachung	1915
2. Inhalt der Bekanntmachung	1915
3. Form der Bekanntmachung	1915
II. Zustellung	1916
1. Zustellung entsprechend § 30 Abs. 2	1916
2. Form der Zustellung	1916
3. Information des Sachwalters/Insolvenzverwalters	1916
III. Wirksamkeit des Beschlusses	1916
IV. Rechtsmittelfrist	1917
D. Internationales	1917
§ 274 InsO Rechtsstellung des Sachwalters	1917
A. Normzweck	1919
B. Entstehungsgeschichte	1920
I. Frühere Regelung und Gesetzgebungsverfahren	1920
II. Offenes Listensystem nach dem Vereinfachungsgesetz 2007	1921
III. Stärkerer Gläubigereinfluss, Präzisierungen zur Unabhängigkeit und Geltung für das Eröffnungsverfahren durch das ESUG 2012	1921
IV. „Zweite Stufe“ der Insolvenzrechtsreform	1922
V. Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen	1922
VI. Einführung bestimmter Unterstützungsleistungen durch das SanInsFoG 2020	1923
C. Einzelerläuterung	1923
I. Bestellung des Sachwalters	1923
1. Allgemeine Anforderungen an die Person	1923
2. Bestellung des Sachwalters durch das Insolvenzgericht	1926
3. Auswahl des Sachwalters	1926
4. Aufsicht und Entlassung	1930
II. Aufgaben und Befugnisse des Sachwalters	1931
1. Überprüfung und Überwachung	1932
2. Unterstützung in bestimmten Angelegenheiten	1935
3. Anzeige bei drohenden Nachteilen	1936
III. Haftung des Sachwalters	1939
1. Haftung für die Verletzung insolvenzspezifischer Pflichten	1939
2. Haftung für die Erfüllung von Masseverbindlichkeiten	1940
IV. Vergütung des Sachwalters	1940
V. Exkurs: Haftung und Vergütung des Schuldners	1942
D. Internationales	1943
§ 275 InsO Mitwirkung des Sachwalters	1944
A. Normzweck	1945
B. Entstehungsgeschichte	1946
I. Frühere Regelung	1946
II. Gesetzgebungsverfahren zur InsO	1946
III. Geltung für das Eröffnungsverfahren durch das ESUG 2012	1946
C. Einzelerläuterung	1947
I. Begründung neuer Verbindlichkeiten	1947
1. Verbindlichkeiten	1947
2. Im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs	1948
3. Außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs	1949
4. Verstoß des Schuldners gegen § 275 Abs. 1 InsO	1950
II. Kassenführung durch den Sachwalter	1951
1. Anspruch des Sachwalters	1951
2. Entscheidung des Sachwalters	1951
3. Folgen	1952
D. Internationales	1953
§ 276 InsO Mitwirkung des Gläubigerausschusses	1954
A. Normzweck	1954
B. Entstehungsgeschichte	1955
C. Einzelerläuterung	1955
I. Besonders bedeutsame Rechtshandlungen	1955
1. Rechtshandlungen	1955

Inhaltsverzeichnis

2. Besondere Bedeutung	1955
II. Zustimmung des Gläubigerausschusses	1956
1. Zeitpunkt	1956
2. Verhältnis zu § 275 Abs. 1 InsO und § 277 InsO	1957
3. Gläubigerversammlung	1957
4. Folgen fehlender Zustimmung	1957
III. Schutz der Gläubigerminderheit	1958
IV. Sonstige Aufgaben des Gläubigerausschusses im Eigenverwaltungsverfahren	1958
1. Funktion des Gläubigerausschusses	1958
2. Überwachung und Unterstützung des Schuldners	1959
3. Überwachung und Unterstützung des Sachwalters	1959
D. Internationales	1959
§ 276a InsO Mitwirkung der Überwachungsorgane	1960
I. Einführung	1961
II. Haftung der Mitglieder des Vertretungsorgans (§ 276a Abs. 2 InsO)	1961
1. Überblick und Hintergrund	1961
2. Mehrere Geschäftsleiter, Gesamtschuldnerschaft, Arbeitsteilung	1961
3. Haftung von Sanierungsberatern ohne Organstellung	1962
4. Haftung für das Verschulden Angestellter	1962
5. Verhältnis zu gesellschaftsrechtlichen Haftungstatbeständen	1963
III. Rechtslage während der vorläufigen Eigenverwaltung (§ 276a Abs. 3 InsO)	1963
1. Entsprechende Anwendung von § 276a Abs. 1 InsO	1963
2. Entsprechende Anwendung von § 276a Abs. 2 InsO	1963
IV. Zeitlicher Geltungsbereich	1964
§ 277 InsO Anordnung der Zustimmungsbedürftigkeit	1964
A. Normzweck	1965
B. Entstehungsgeschichte	1966
C. Einzelerläuterung	1967
I. Voraussetzungen für die Anordnung der Zustimmungsbedürftigkeit	1967
1. Antrag	1967
2. Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte	1970
II. Der Beschluss zur Anordnung der Zustimmungsbedürftigkeit	1971
1. Zuständigkeit und Verfahren	1971
2. Gerichtliche Prüfung	1972
3. Entscheidungsform und -inhalt	1972
4. Keine Rechtsbehelfe	1973
III. Mitteilungs- und Verlautbarungsverpflichtungen	1973
1. Öffentliche Bekanntmachung	1974
2. Zustellung	1974
3. Registereintragungen	1974
IV. Folgen angeordneter Zustimmungsbedürftigkeit	1974
1. Rechtsgeschäfte mit Zustimmung des Sachwalters	1975
2. Rechtsgeschäfte ohne Zustimmung des Sachwalters	1975
V. Aufhebung der Anordnung	1976
D. Internationales	1977
§ 278 InsO Mittel zur Lebensführung des Schuldners	1977
A. Normzweck	1978
B. Entstehungsgeschichte	1978
I. Frühere Regelung	1978
II. Gesetzgebungsverfahren zur InsO	1979
C. Einzelerläuterung	1980
I. Entnahme der für eine bescheidene Lebensführung erforderlichen Mittel	1980
1. § 278 als „Erfolgsprämie“ für den Schuldner	1980
2. Recht des Schuldners	1981
3. Entnahme aus der Insolvenzmasse	1981
4. Bescheidene Lebensführung	1982
5. Verhältnis zur Gewährung von Unterhalt nach § 100 Abs. 1	1983
II. Berechtigte und zu versorgender Personenkreis	1984
1. Berechtigte	1984
2. Zu versorgender Personenkreis	1985
III. Rechtsfolgen unzulässiger Entnahmen	1986
1. Vorbemerkung	1986
2. Unzulässige Entnahmen im Verhältnis zu Dritten	1986
3. Unzulässige Entnahmen im Verhältnis zur Insolvenzmasse	1987
4. Sanktionen des Sachwalters	1987
5. Sanktionen der Gläubiger	1988

6. Sanktionen des Gerichts	1988
D. Internationales	1988
§ 279 InsO Gegenseitige Verträge	1989
A. Normzweck	1989
B. Entstehungsgeschichte	1990
C. Einzelerläuterung	1990
I. Ausübung des Wahlrechts durch den Schuldner	1990
1. Geltung der allgemeinen Regeln	1990
2. Einvernehmen mit dem Sachwalter	1992
3. Anordnung der Zustimmungsbefähigung (§ 277)	1992
II. Arbeitsrechtliche Sonderregelungen	1993
1. Kündigung von Betriebsvereinbarungen	1993
2. Betriebsänderungen	1993
3. Kündigung von Arbeitnehmern	1994
III. Unternehmensverträge	1994
D. Internationales	1995
§ 280 InsO Haftung, Insolvenzanfechtung	1996
A. Normzweck	1996
B. Entstehungsgeschichte	1997
C. Einzelerläuterung	1997
I. Anwendungsbereich	1997
II. Reichweite und Charakter der Aufgabenzuweisung	1998
III. Folgen erfolgreicher Sachwalteraktivität	1998
D. Internationales	1999
§ 281 InsO Unterrichtung der Gläubiger	1999
A. Normzweck	2000
B. Entstehungsgeschichte	2000
C. Rechtstatsachen	2001
D. Einzelerläuterung	2002
I. Erstellung der Verzeichnisse	2002
1. Verzeichnis der Massegegenstände	2002
2. Verzeichnis der Gläubiger	2003
3. Vermögensübersicht	2003
4. Überprüfung und Stellungnahme durch den Sachwalter	2004
5. Niederlegung in der Geschäftsstelle	2005
II. Berichterstattung	2005
1. Bericht und Auskünfte des Schuldners	2005
2. Stellungnahme des Sachwalters	2005
III. Rechnungslegung des Schuldners	2006
1. Insolvenzzrechtliche Rechnungslegung	2006
2. Duale Rechnungslegung	2006
3. Überprüfung durch den Sachwalter	2007
E. Internationales	2008
§ 282 InsO Verwertung von Sicherungsgut	2008
A. Normzweck	2009
B. Entstehungsgeschichte	2010
C. Rechtstatsachen	2011
D. Einzelerläuterung	2011
I. Absonderungsrechte	2011
1. Einteilung der Rechte	2011
2. Aussonderungsrechte	2011
3. Ersatzabsonderung	2012
II. Verwertungsbefugnis des Schuldners	2012
1. Zuweisung der Rechte des Insolvenzverwalters	2012
2. Bewegliche Gegenstände	2012
3. Grundpfandrechte	2013
III. Einvernehmen mit dem Sachwalter	2013
IV. Kostenbeiträge	2014
1. Feststellungskosten	2014
2. Verwertungskosten	2015
3. Umsatzsteuerbelastung	2015
V. Rückführung der gesicherten Forderungen durch Verwertung	2016
E. Internationales	2016
§ 283 InsO Befriedigung der Insolvenzgläubiger	2016
A. Normzweck	2017
B. Entstehungsgeschichte	2017

Inhaltsverzeichnis

C. Einzelerläuterung 2018

I. Prüfung der Forderungen 2018

1. Führung der Insolvenztabelle 2018

2. Widerspruch gegen die Feststellung zur Insolvenztabelle 2019

II. Verteilungsverfahren 2022

1. Verteilung durch den Schuldner 2022

2. Überprüfung des Verteilungsverzeichnisses durch den Sachwalter 2023

D. Internationales 2024

§ 284 InsO Insolvenzplan 2024

A. Normzweck 2024

B. Entstehungsgeschichte 2026

C. Rechtstatsachen 2026

D. Einzelerläuterung 2028

I. Erstellung des Insolvenzplans 2028

1. Inhalt des Insolvenzplans 2028

2. Planinitiative 2028

3. Auftrag der Gläubigerversammlung bzw. des vorläufigen Gläubigerausschusses 2030

II. Besonderheiten bei Durchführung des Insolvenzplanverfahrens 2032

1. Stellungnahme zum vorgelegten Insolvenzplan 2032

2. Aussetzung und Fortsetzung von Verwertung und Verteilung 2032

3. Planumsetzung und Fehlerkorrektur 2033

4. Anfechtungsrechtsstreite nach Aufhebung des Insolvenzplanverfahrens 2033

III. Überwachung der Planerfüllung 2033

1. Aufgabenzuweisung an den Sachwalter 2033

2. Vergütung des Sachwalters und der Mitglieder des Gläubigerausschusses 2034

E. Internationales 2034

§ 285 InsO Masseunzulänglichkeit 2034

A. Normzweck 2035

B. Entstehungsgeschichte 2035

C. Rechtstatsachen 2036

D. Einzelerläuterung 2037

I. Masseunzulänglichkeit 2037

1. Begriff der Masseunzulänglichkeit 2037

2. Pflicht zur Anzeige durch den Sachwalter 2037

3. Folgen einer Anzeige der Masseunzulänglichkeit 2039

II. Fehlende Massekostendeckung (§ 207 InsO) 2040

III. Folgen der Verfahrenseinstellung 2041

E. Internationales 2042

II. Änderungen der InsVV

Vorbemerkungen zu §§ 2 bis 19 InsVV 2043

I. Verordnungsermächtigung 2043

II. Die Insolvenzzrechtliche Vergütungsverordnung (InsVV) 2044

III. Die Änderungen der InsVV durch die Gesetze vom 22.12.2020 2046

1. Berechnungsgrundlage 2046

2. Vergütungshöhe und Auslagenpauschale 2047

3. Übertragung von Zustellungen, Kosten einer Haftpflichtversicherung 2050

4. Vergütung des vorläufigen Sachwalters 2050

5. Zeitlicher Anwendungsbereich 2051

§ 2 InsVV Regelsätze 2052

I. Normzweck und Regelungsgehalt 2052

II. Entwicklung und Verfassungsmäßigkeit der Vergütungshöhe 2053

III. Änderungen durch das SanInsFoG 2054

1. Inhalt und zeitlicher Anwendungsbereich 2054

2. Bewertung der Neuregelungen 2054

§ 4 InsVV Geschäftskosten, Haftpflichtversicherung 2056

I. Normzweck und Regelungsgehalt 2056

II. Änderungen durch das SanInsFoG 2057

1. Auslagen für übertragene Zustellungen (§ 4 Abs. 2 S. 2 InsVV) 2057

2. Kosten einer Haftpflichtversicherung (§ 4 Abs. 3 InsVV) 2059

3. Zeitliche Geltung 2059

§ 8 InsVV Festsetzung von Vergütung und Auslagen 2060

I. Normzweck und Anwendungsbereich 2060

II. Änderungen durch das SanInsFoG 2060

§ 10 InsVV Grundsatz 2061

I. Normzweck 2061

II.	Änderungen durch das SanInsFoG	2061
§ 12 InsVV	Vergütung des Sachwalters	2062
I.	Normzweck und Regelungsgehalt	2062
II.	Änderungen durch das SanInsFoG	2063
§ 12a InsVV	Vergütung des vorläufigen Sachwalters	2063
A.	Grundlagen	2066
I.	Regelungsgehalt und Normzweck	2066
II.	Entstehungsgeschichte und rechtspolitische Bewertung	2066
III.	Rechtslage vor dem 1.1.2021	2067
1.	Grundlage des Vergütungsanspruchs	2067
2.	Vergütungshöhe	2067
IV.	Zeitlicher Anwendungsbereich des § 12a InsVV	2069
1.	Grundsatz	2069
2.	Eigenverwaltungen nach § 5 COVInsAG	2069
B.	Der Vergütungsanspruch	2070
1.	Entstehung	2070
2.	Schuldner	2070
3.	Fälligkeit	2071
4.	Verjährung	2071
5.	Vorschussanspruch	2073
C.	Die Vergütungshöhe	2073
1.	Vergütungstatbestand	2073
2.	Berechnungsgrundlage	2076
3.	Die Regelvergütung	2079
4.	Die Mindestvergütung	2079
5.	Zu- und Abschläge	2079
6.	Auslagen	2081
7.	Umsatzsteuer	2084
8.	Gesonderte Vergütung nach JVEG	2084
D.	Verfahrensfragen	2085
I.	Vergütungsfestsetzung durch das Insolvenzgericht	2085
1.	Zuständigkeit	2085
2.	Antrag	2086
3.	Rechtliches Gehör	2087
4.	Einwendungen	2089
5.	Beschluss	2089
II.	Rechtsmittel	2092
1.	Sofortige Beschwerde; Rechtsbeschwerde; Gegenvorstellung	2092
2.	Rechtskraft	2095
III.	Nachträgliche Änderung der Festsetzung	2095
1.	Abänderungsbefugnis des Insolvenzgerichts	2095
2.	Hinweispflicht (§ 12a Abs. 2 InsVV)	2097
3.	Verfahren	2100
§ 13 InsVV	Vergütung des Insolvenzverwalters im Verbraucherinsolvenzverfahren	2102
I.	Entwicklung und Regelungsgehalt	2103
II.	Änderungen durch das SanInsFoG	2104
§ 14 InsVV	Grundsatz	2104
§ 15 InsVV	Überwachung der Obliegenheiten des Schuldners	2104
I.	Normzweck und Regelungsgehalt	2104
II.	Änderungen durch das SanInsFoG	2105
§ 17 InsVV	Berechnung der Vergütung	2105
I.	Normzweck und Regelungsgehalt	2105
II.	Änderungen durch das SanInsFoG	2106
§ 19 InsVV	Übergangsregelung	2107
I.	Normzweck	2107
II.	Änderungen durch die Gesetze vom 22.12.2020	2108

III. Änderungen COVInsAG (neu SanInsKG)

Gesetz zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und zur Begrenzung der Organhaftung bei einer durch die COVID-19-Pandemie bedingten Insolvenz (COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz – COVInsAG)

Vorbemerkung	2109
§ 1 COVInsAG (SanInsKG) Aussetzung der Insolvenzantragspflicht	2109
I.	Normhistorie und -zweck
1.	Zur Normhistorie
	2111
	2111

Inhaltsverzeichnis

2. Zum Normzweck	2111
II. Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, Abs. 1	2112
1. Anwendungsbereich	2112
2. Gesetzestechnik (Grundsatz – Ausnahme – Vermutung)	2113
3. Aussetzung der Antragspflicht, Abs. 1 S. 1 und S. 2	2113
4. Vermutungsregel, Abs. 1 S. 3	2115
5. Widerlegung der Vermutungsregel und Beweislastverteilung	2115
6. Restschuldbefreiung	2116
7. Rechtsfolgen	2116
III. Verlängerung auf den Zeitraum vom 1. Oktober 2021 bis zum 31. Dezember 2020, Abs. 2	2117
IV. Verlängerung auf den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 30. April 2021, Abs. 3	2117
1. Aussetzung bei Antragstellung, Satz 1	2118
2. Aussetzung bei Unmöglichkeit der Antragstellung, Satz 2	2118
3. Insolvenzantragspflicht bei fehlender Antragsberechtigung, Satz 3	2118
§ 2 COVInsAG (SanInsKG) Folgen der Aussetzung	2119
I. Normzweck und Entwicklung der Vorschrift	2121
II. Zeitlicher Anwendungsbereich	2122
III. Privilegierungen nach Abs. 1	2122
1. Haftungsprivilegierung für ordnungsgemäße Zahlungen, Abs. 1 Nr. 1	2122
2. Rückzahlung und Besicherung von Krediten, Abs. 1 Nr. 2	2124
3. Keine Sittenwidrigkeit der Kreditgewährung und Besicherung, Abs. 1 Nr. 3	2126
4. Weitere Einschränkung der Insolvenzanfechtung, Abs. 1 Nr. 4	2127
5. Zahlungen auf gestundete Forderungen, Abs. 1 Nr. 5	2131
IV. Anwendung auf nicht antragspflichtige Unternehmen und nicht insolvente Schuldner, Abs. 2	2132
V. Auswirkungen der Verlängerung des Aussetzungszeitraums ab 1.10.2020, Abs. 4	2132
VI. Auswirkungen der Verlängerung des Aussetzungszeitraums bis zum 30.4.2021, Abs. 5	2132
§ 3 COVInsAG (SanInsKG) Eröffnungsgrund bei Gläubigerinsolvenzanträgen	2133
I. Normzweck	2133
II. Adressatenkreis	2134
III. Zeitlicher Geltungsbereich	2134
IV. Vorliegen eines Insolvenzgrundes am 1.3.2020	2135
§ 5 COVInsAG (SanInsKG) Anwendung bisherigen Rechts	2136
I. Normzweck und -historie	2138
II. Anwendung der §§ 270–285 InsO aF, Abs. 1	2138
III. Vermutung der Pandemiebedingtheit der Insolvenzreife	2140
1. auf Vorlage einer Expertenbescheinigung, Abs. 2	2140
2. auf ergänzende Erklärung zu fälligen Verbindlichkeiten, Abs. 3	2142
IV. Handlungsmöglichkeiten der Gerichte; Ermessensspielraum, Abs. 4	2142
V. Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts, Abs. 5	2143
VI. Maßstab für die Bewertung möglicher Nachteile für Gläubiger, Abs. 6	2143
VII. Anwendbarkeit der bisherigen Vergütungsvorschriften, Abs. 7	2143
Sachverzeichnis	2136